

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 282.

Dienstag, den 2. Dezember 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Wieder lastet die Arbeitslosigkeit mit schwerem Druck auf dem Proletariat und verbreitet Not und Elend überall. Wer sich mit fleißiger Energie ein bißchen Wohlfahrt erarbeitet hatte, sieht auf einmal mit Schrecken, wie seine ganze Existenz auf einer schmalen Kante ruht; eine einzige länger andauernde Arbeitslosigkeit wirft ihn herunter, wirft ihn hilflos in den Pauperismus. Machtlos steht er dem Elend gegenüber; er will arbeiten, er hat die Kraft dazu, aber es ist keine Arbeit vorhanden. Gegen die Krise ist er wehrlos. Die Krise bringt dem Arbeiter Mangel und Not, Verzweiflung und Krankheit; sie bricht seine Kraft und zermürbt seinen Stolz. Und wie viele gehen in einer solchen Katastrophe rettungslos zugrunde und sinken kraftlos und haltlos ins Lumpenproletariat hinab!

Wer ist schuld daran? Keinen Menschen kann hier eine Schuld treffen. Der Fabrikant, der den arbeitssuchenden Arbeiter admett, kann auch nichts dafür; es ist eben keine Arbeit da. Die Bestellungen bleiben aus, er kann seine Waren nicht absetzen, und daher kann er auch keine oder nur wenige Arbeiter mehr beschäftigen. Die Krise trifft auch die Unternehmer, von denen die großen es zwar durch ihren Kapitalbesitz aushalten können, aber viele kleine machen Bankrott oder müssen ihren Betrieb aufgeben. Die Krise ist eine allgemeine gesellschaftliche Katastrophe, gegen die jeder einzelne machtlos ist. Wie eine Naturgewalt geht sie durch die Welt, zwingt die Räder zum Stillstehen, hemmt den siederhaften Arbeitsprozeß und treibt die eben noch fleißigen Hände müßig auf die Straße. Jeder muß sich ihr beugen und fühlt, wie er nicht seines Glückes Schmied ist, wie ein veraltetes Sprichwort sagt, sondern abhängig von einer höheren Gewalt, die über sein Los gebietet.

In alter Zeit erdachten sich die unwissenden Menschen Götter, übermächtige, geheimnisvolle Wesen, die des Menschen Schicksal regierten und deren Zorn oder Ungnade sich in den Katastrophen äußerte, die die Menschen heimsuchten. Heute werden es nur ganz wenige sein, die bei der Krise an die strafende Hand einer erzürnten Gottheit denken. Jedermann weiß, daß die Krisen nicht vom Himmel kommen, sondern von der Erde. Die meisten Arbeiter wissen, daß die Krisen aus dem Gesamttrieb des Wirtschaftslebens entstehen und daß sie mit Naturnotwendigkeit durch den inneren Mechanismus des Kapitalismus immer aufs neue wiederkommen müssen. Die Wissenschaft der Nationalökonomie hat ihre Entstehung aus den Gesetzen des Kapitalismus völlig klargestellt; für diejenigen, dessen Geist das Ganze unseres Wirtschaftslebens überblickt, haben sie nichts Uebernatürlichen oder Geheimnisvolles mehr.

Die Krisen sind Menschenwerk, und doch scheinen sie etwas Uebermenschliches zu sein. Sie sind das Unbewußte und ungewollte Gesamtergebnis menschlicher Triebe und menschlichen Handelns. Jeder wird durch die Notwendigkeit zum Leben getrieben, jeder Kapitalist durch die Notwendigkeit, Profit zu machen und sein Kapital zu vermehren; jeder arbeitet, hastet, rechnet, handelt, gründet, spekuliert; keiner kann sich dem entziehen, jeder muß im Wirtschaftsleben so handeln, wie seine Stellung es mit sich bringt, schon aus Selbsterhaltung — und als Gesamtergebnis ergibt sich daraus der Wechsel von Prosperität und Krise mit seiner periodisch auftretenden schlimmen Arbeitslosigkeit. Das gesellschaftliche Wirken der Menschen ist ihrer eigenen Macht, der Einwirkung ihres eigenen Willens entrückt, und tritt ihnen als eine höhere Macht gegenüber.

Steht der Mensch dann diesem Walten völlig machtlos gegenüber? Der Einzelmensch ja; aber nicht die Menschheit. Keine überirdische Macht kann den Unglücklichen helfen, die unter der Krise leiden; da aber die Ursache Menschenwerk ist, muß auch die Abhilfe in der Gewalt der Menschen liegen.

Am nächsten liegt es, diese Abhilfe innerhalb der bestehenden Ordnung zu erbitten. Wo so viele Arbeiter ohne eigenes Verschulden bittere Not leiden durch Ursachen, die im Wesen der Gesellschaft begründet liegen, da haben sie ein Recht darauf, daß die Allgemeinheit ihnen hilft. Während der Prosperität sind sie massenhaft in die Städte und Industriezentren herangezogen worden; sie haben dort Milliarden über Milliarden an neuem Mehrwert für das Kapital geschaffen, aber nie so viel verdient, daß sie sich selbst damit während der Krise unterhalten könnten. Ist es da nicht eine selbstverständliche Forderung, daß die Nutznießer der guten Konjunktur ihnen die Zeit der Arbeitslosigkeit hindurch helfen? So selbstverständlich es für jeden Maurer oder Schneider, der unter alljährlich regelmäßig wiederkehrenden Zeiten der Arbeitslosigkeit zu leiden hat, ist,

daß er in den wirklichen Arbeitswochen genug verdient, um das ganze Jahr zu leben, so selbstverständlich müßte es auch sein, daß die Arbeiter in der Prosperität genug verdienen, um die regelmäßig zurückkehrende Krisenzeit auch durchhalten zu können. Und weil das nun nicht geschieht, wäre die Forderung berechtigt, daß aus dem riesigen Kapitalgewinn die Kosten einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden. Durch das Eingreifen der Gemeinschaft wäre damit zwar nicht die Krise und die Arbeitslosigkeit selbst beseitigt — das ist in dem Kapitalismus nicht möglich —, aber doch ihre verhängnisvolle Wirkung, die das Proletariat herunterdrückt und verelendet.

Das alles wäre denkbar, so wie es denkbar ist, daß die herrschende Klasse auch sonst bestrebt ist, die unvermeidlichen Uebel der herrschenden Produktionsweise für die darunter Leidenden möglichst zu lindern. Aber die Praxis hat schon gezeigt, daß dieses Denkbare eine Utopie ist. Was uns abstrakt möglich erschien, kann in Wirklichkeit nicht zutreffen. Auch das Denken und Wollen der Menschen ist bestimmten Gesetzen unterworfen. Jede Produktionsweise erzeugt auch die Menschen, die zu ihr gehören, mit den Eigenschaften, die zu dieser Ordnung passen. Eine Produktionsweise, die völlig auf dem Profit beruht, kann nur profitstüchtige Menschen erzeugen, weil sie solche Triebe großzieht, als hier in dem Lebenskampf Erfolg bringen. Von einer wirklichen „Gemeinschaft“ kann noch keine Rede sein, wo jeder nur für sich selbst kämpft. Nicht nur das Auftreten der Krisen ist ein Naturgesetz der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch, daß von den Menschen nichts anderes zu erwarten ist, als was ihrer Klassenlage, ihrem Klasseninteresse und ihren Klassenanschauungen entspricht. Daher ist es fruchtlos, darauf zu rechnen, daß irgendein nennenswerter Teil der in den vorigen Jahren verdienten Milliardenprofite jetzt zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt wird. Man wird schon froh sein müssen, wenn da und dort ein kleiner Zuschuß zu den von den Arbeitern selbst zusammengebrachten Versicherungssummen geleistet wird.

Ist es dann nicht wahr, daß der einzelne auf die Allgemeinheit zu rechnen hat? Gewiß; aber er sucht sie an verkehrter Stelle, wenn er dabei an den heutigen Klassenstaat denkt. Die Allgemeinheit, die ihm allein helfen kann, ist die Gemeinschaft des Proletariats, die Organisation des arbeitenden Volkes. Sie ist die werdende Menschheit, die als organisierte Gesamtheit die Gesetze des gesellschaftlichen Lebens erkennt und sie zur bewußten Umgestaltung der Produktionsweise anwendet. Was den machtlosen einzelnen als übermenschliche Macht bedrückt, kann beseitigt werden, sobald die Macht der Erkenntnis den Willen der Masse bestimmt und leitet. Das sozialistische Proletariat hat in dem Kapitalismus die Ursache aller seiner Qualen erkannt, und zugehört, daß es selbst die Macht bilden wird, die diesen Kapitalismus beseitigt. Die Wirkungen des Kapitalismus selbst, namentlich auch die Not der Krisen, werden die Arbeiter immer mehr und fester zusammenschließen und aufklären, und diese organisierte Macht wird den Sozialismus bringen. Die Aufhebung der Wirkungen der Arbeitslosigkeit unter dem Kapitalismus ist eine Utopie; denn der Wille dazu fehlt den Menschen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit selbst ist keine Utopie; denn die Macht zur Aufhebung des Kapitalismus bildet sich schon heran.

Daher muß man allen Arbeitern, die unter dem Druck der Arbeitslosigkeit leiden, zurufen: Kein Mensch und keine Himmelsmacht kann euch helfen; aber ihr könnt euch selbst helfen! Allein seid ihr machtlos gegen die gesellschaftliche Macht, die euch niederwirft; aber vereinigt, organisiert könnt ihr sie besiegen! Der Sozialismus ist das Heilmittel, aber auch das einzige Heilmittel, das es gegen euer Elend gibt! Der Zusammenschluß aller Arbeiter zu mächtigen Organisationen und der politische Kampf gegen die bestehende Klasse bilden die Mittel, den Kapitalismus zu stürzen. Je rascher sich alle Arbeiter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft anschließen, je selbstloser sie für die Klassengemeinschaft alles einsehen, um so rascher wird das Ziel erkämpft und alle Not besiegt sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Vorspiel zur Zaberner Reichstagsdebatte.

Im Reichstag benutzte Herr v. Bethmann-Hollweg am Montag die Gelegenheit, der Frage des Präsidenten, wann er die Zaberner Interpellationen beantworten werde, um seinen Standpunkt zu der Leutnantsdiktatur in der elbischen Stadt schon vorweg zu nehmen. Natürlich konnte diese Stellungnahme, wenn der Reichskanzler nicht ausschließlich als Generalmajor v. Bethmann-Hollweg

welter leben will, nur dahingehen, die unerhörten Vorfälle zu verurteilen. Das ist der Reichskanzler mit den Worten, daß die Autorität der Gesetze ebenso geschützt werden würde, als die der Ordnung und der öffentlichen Gewalt. Allzuviel ist das freilich nicht, denn leider hat man bisher ja wenig Erfahrungen nach der Richtung hin gemacht, daß der bürgerliche Staat energisch darauf halten würde, daß auch der Militarismus nur sein Werkzeug, aber nicht sein Herrscher, ist. Das weitere wird man ja sehen. Am Mittwoch wird der Reichstag über Zabern sprechen.

Eine Vorlage über die Verlängerung des Handelsbeziehungsvertrages mit dem britischen Reiche wurde von dem Konservativen Hösch zu einem so ungeschickten Ausfall im Sinne des Bundes der Landwirte benutzt, daß sogar Herr Delbrück und der Zentrumsagrarier Herold von ihm abrückten. Unsere Genossen Molkenbühr und Bernstein, sowie der Fortschrittler Dr. Bachnick, gaben dem vorwichtigen Agrarier die gebührende Antwort.

Das Gesetz über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens gegen Reichsbeamte wurde von den Genossen Landsberg und Dr. Liebknecht ob seiner Anickigkeit und seines Unzureichens einer scharfen Kritik unterzogen, wobei auch die die Wiederaufnahme bewußt ersetzenden Bestimmungen der Strafprozessordnung beleuchtet wurden. Wie berechtigt diese Kritik war, zeigt der Umstand, daß auch die Redner des Zentrums und der Liberalen sich ihr anschlossen. Es kann also auf eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes in der Kommission gehofft werden.

Zum Schluß kam die Petition eines durch ein Fehlurteil zu Grunde gerichteten Menschen zur Verhandlung, dem auch die spätere Freisprechung nicht geholfen hat. Der vom Genossen Thiele begründete Antrag, die Bitte des Mannes um Erhöhung seiner Entschädigung — die er übrigens auf merkwürdige Weise nicht erhalten hat — dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde angenommen.

Am Dienstag, steht außer kurzen Anträgen eine konservative Interpellation auf der Tagesordnung, die das unglaubliche Verlangen enthält, den Wirkungsbereich der Dienstbotenversicherung über Neujahr hinauszuschleppen, dann folgen Wahlprüfungsabstimmungen und hierauf werden die Minister mit Herrn v. Bethmann an der Spitze ihre Etatsreden halten.

Konservativer Terrorismus.

Wie die Konservativen auf Mitgliederfang ausgehen, beweist folgender Fall: In der Stadt Jüterbo rg haben sie vielen Gewerbetreibenden, ganz gleich, ob sie konservativ sind oder nicht, folgendes Zirkular gesandt:

Sehr geehrter Herr!

Nach einem Beschlusse der Generalversammlung sollen die Beiträge für unseren Verein nach der durch eine gewählte Kommission vorgenommenen Einschätzung bemessen werden. Der danach auf Sie entfallende Jahresbeitrag beträgt ... Mark. Wir dürfen wohl annehmen, daß Sie Einwendungen gegen die Höhe des Betrages nicht zu erheben haben und bitten Sie, den diesjährigen Beitrag bis zum 15. Dezember ds. Js. an unseren Kassensührer Mandanten Glod hier selbst — Kreispartei-Kreishaus — abzuführen zu wollen. Die bis zu diesem Termin nicht gezahlten Beiträge werden wir uns erlauben, durch einen Boten gegen Quittung abholen zu lassen. Die Zahlung kann auch in halbjährlichen Raten geschehen.

Der Vorstand.

J. A.: Froelich, Vorsitzender.

Das Rundschreiben ist ja scheinbar ein harmloses, aber da es den Gewerbetreibenden, kleinen Handwerfern und Geschäftsleuten, ganz gleich, welcher Parteirichtung sie sind, geschickt wird, so sehen sich diejenigen, die keine Beiträge zahlen, dem konservativen Terrorismus und Boykott aus, der prompt einsetzt, wenn die Geschäftsleute nicht nach der Pfeife der Konservativen tanzen.

Die Gegner der Dienstbotenversicherung abgefallen.

In letzter Zeit machte sich eine lebhafte Bewegung gegen das Inkrafttreten der Dienstbotenversicherung bemerkbar. In einer Petition wird der Reichstag ersucht, diesen Teil der Reichsversicherungsordnung nicht in Kraft treten zu lassen. Zu diesem sonderbaren Verlangen wird nun dem „Berl. Lok.-Anz.“ von „unterrichteter Seite“ geschrieben:

An den zuständigen Reichsstellen gibt man zwar zu, daß ein Teil der Bedenken, die gegen die bevorstehende Krankenversicherung der Dienstboten für das ganze Reichsgebiet geltend gemacht werden, berechtigt sind. Man versichert aber, daß eine Hinausschiebung des Zeitpunktes für das Inkrafttreten dieses Teiles der Reichsversicherungsordnung jetzt ausgeschlossen sei, daß aber für eine nahe Zukunft durch zweckmäßiger

Veränderung der Ausführungsbestimmungen erleichtern möglichst sein würden. Man wird wohl demnächst in nähere Erwägungen hierüber eintreten."

Wir nehmen auch an, daß sich Reichstag und Regierung nicht dazu hergeben werden, ein Gesetz kurz vor seiner Inkraftsetzung zurückzuhalten. Das Verlangen charakterisiert übrigens die petitionierenden Damen sehr, die glauben, durch das Gesetz werde den Dienstboten zu viel gegeben und die Herrschaften zu stark belastet.

Der Seniorenkongress des Reichstages

hielt am Montag eine Sitzung ab, um die Geschäfte des Reichstages für die nächste Zeit zu besprechen. Am Dienstag beginnt die Staatsdebatte, die aber am Mittwoch unterbrochen werden dürfte durch die Interpellation über die Zaberner Vorgänge. Man nimmt an, daß der Reichskanzler die Interpellation am Mittwoch beantworten wird.

Am Dienstag sollen zur ersten Lesung des Etats lediglich die Regierungsvertreter (d. h. voraussichtlich der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und der Schatzsekretär Kühn) zu Worte kommen. Für Mittwoch sollen dann die Interpellationen in der Zaberner Affäre auf die Tagesordnung gesetzt und besprochen werden. Erst nach deren Erledigung, also wohl nicht vor Freitag, soll dann die erste Staatsberatung mit den Reden der Vertreter der Fraktionen fortgesetzt werden.

Nationalliberale Initiativanträge.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat drei neue Initiativanträge eingebracht. Der erste Antrag erstrebt eine Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtspflege, der zweite Antrag bezweckt, das Reichsrecht daraufhin einer Durchsicht und Prüfung zu unterziehen, ob nicht vorbehaltlich und vor umfassender Neugestaltung größerer Rechtsgebiete Verbesserungen einzelner Teile und Bestimmungen, die von besonderer Dringlichkeit sind, vorzunehmen wären, und hierbei insbesondere folgende Punkte ins Auge zu fassen:

1. die Behandlung der Geisteskrankheit im Zivilprozeß und im Strafrecht, 2. den Schutz der Ehre in materiellrechtlicher und prozeßrechtlicher Beziehung, 3. den Schutz der Gläubiger gegen böswillige Schuldner, 4. die Einrichtung einer Mobiliarhypothek mit Zwangseintragung, 5. die Einschränkung der Eidesleistungen, 6. die Beschleunigung des Verfahrens im Zivilprozeß und Strafprozeß, 7. die Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit, 8. die Zulassung der Volksschullehrer als Schöffen und Geschworene, 10. die religiöse Erziehung der Kinder aus Müttern.

Ein dritter Antrag ersucht den Reichskanzler um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zum Schutze des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden geheimen Wahlrechts.

Nach dem Kontorleutnant der Arbeiterhauptmann.

In der „Kreuzzeitung“ lesen wir: „Dem Zwecke, die Arbeitskraft der verabschiedeten Offiziere für die Privatwirtschaft nutzbar zu machen, dient ein Vorschlag, der von der Eigenschaft des Hauptmanns als Kompagnievater ausgeht. Einige größere Werke haben nämlich angefangen, eine Ausrüstungs- und Verwaltungsstelle für ihre Arbeiter zu schaffen und diese mit verabschiedeten Offizieren zu besetzen. Damit sollen außerordentlich gute Erfolge erzielt worden sein. Die betreffenden Herren müssen selbstverständlich eine Reihe von Jahren Kompagnien oder dergleichen geführt haben, wobei sie sich Menzschkenntnis und eine verständnisvolle Behandlung von einfachen Leuten anzueignen Gelegenheit hatten. Dem Offizier werden Jahr für Jahr immer neue und anders geartete Menschen in die Hand gegeben, die er nicht allein zu brauchbaren Soldaten, sondern auch zu Männern und vaterlandsliebenden Staatsbürgern erziehen soll. Das hierbei gewonnene Geschick sollen, so wird empfohlen, die verabschiedeten Hauptleute und Stabsoffiziere bei Bekleidung der vorher erwähnten Ausrüstungs- und Verwaltungsstellen für die Arbeiter verwerten.“

Wenn es Leutnant v. Forstner bis zum Hauptmann bringt und dann abgeht, wird er der rechte Mann für eine Stelle sein, die „verständnissvolle Behandlung von einfachen Leuten“ erfordert. Bis dahin wird er auch keinen Sprachschach erweitert und dem „Wades“ noch zahlreiche Kojenamen hinzugefügt haben. Die Sache hat nur einen Haken: Heutige Industriearbeiter sind keine Rekruten und antworten ganz anders, als der arme Teufel im gestrichelten bunten Rock es magt.

Personalveränderungen in Elsaß-Lothringen?

Sonderbarerweise über Süddeutschland kommt die Meldung, in den höheren Stellen der Zivilverwaltung wie auch in dem Militärkommando Elsaß-Lothringens werde sich ein großer Personalwechsel vollziehen. Die „Süddeutsche Zeitung“ in Stuttgart berichtet: „Das Infanterieregiment Nr. 99 soll von Zabern verjezt werden. Oberst Reutter werde den Abschied erhalten, Leutnant v. Forstner werde schon in den nächsten Tagen in eine altdeutsche Garnison verjezt. Als Nachfolger des Statthalters Grafen Wedell sei der kommandierende General des 14. Armeekorps Freiherr v. Huene in Aussicht genommen, und der Staatssekretär Jörn v. Bulach werde durch einen jüngeren süddeutschen Minister ersetzt. Dem kommandierenden General v. Deimling werde die Führung eines anderen, außerhalb des Reichslandes liegenden Armeekorps übertragen.“

Eine Befähigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. Dringend nötig ist aber eine Änderung in der Besetzung der militärischen Stellen, um beruhigend auf die elsass-lothringische Bevölkerung zu wirken.

Und Hertling sprach...

Nach dem Erfolg in der Königs- und Zivilistenfrage hat Herr v. Hertling am Sonnabend im bayerischen Landtage ganz seine Selbstgefälligkeit wiedergefunden. So wieweit er der Abgeordnetenkammer eine recht ausführliche Vorlesung über die Notwendigkeit und die Vorteile einer ultramontanen Regierung, die zugleich es leugnet, daß sie ultramontan ist, Herr

v. Hertling entwickelt ein ultramontanes Regierungsprogramm allerhöchster Art, wiederholt von Gefächter und Unruhe der Linken unterbrochen und nicht übermäßig laut vom Zentrum bejubelt. Zum Schluß stellte Herr v. Hertling dieses Programm ausdrücklich unter den Schutz des Königs, dessen Absichten das solidarisch haftende Ministerium Hertling lediglich ausführe. Hertling beteuert, er regiere ganz objektiv. Wann und wo, so ruft er ebenso pathetisch wie sorgfältig vorbereitet aus, sind unter meiner Amtsführung Rechte anderer Konfessionen beeinträchtigt worden? Wann und wo ist die verfassungsmäßig gewährleistete Gewissensfreiheit beeinträchtigt worden? Wann und wo sind die Freunde der nichtkatholischen Richtung unter meiner Amtsführung einseitig zurückgesetzt worden? Wann und wo sind die Freunde meine Bestansschauungen von mir einseitig begünstigt worden? — Sofort aber beantwortet Hertling diese Fragen selbst. Das Zentrum fordere dringend, Verbot des freireligiösen Unterrichts, von dem es Ansteckungsgefahr fürchtet. Das geht nicht, erklärt der Ministerpräsident, das wird durch die Verfassung verboten. Man kann Kinder freireligiöser Eltern nicht zwingen, konfessionellen Religionsunterricht zu nehmen, aber man kann den freireligiösen Unterricht zwingen, konfessionell zu sein. Die staatliche Genehmigung für den freireligiösen Unterricht bedeutet nicht, daß er in irgend einer Weise als gleichberechtigt oder als Ersatz für den christlichen Religionsunterricht zu gelten habe. Keine Philosophie, auch nicht die Kantische, und noch viel weniger die neueren Philosophien sind geeignet, eine Grundlage für die Erziehung der Kinder abzugeben; dazu ist nach den Erfahrungen der Jahrhunderte nur das Christentum befähigt. Und Hertling fügt hinzu: Wenn sich herausstellen sollte, daß in einem freireligiösen Unterricht Theorien vorgetragen werden, welche für die unreifen jugendlichen Gemüter ungeeignet sind, welche den Zweck hätten, die letzten Grundlagen allen gesellschaftlichen Lebens, den Glauben an Gott, den Glauben an eine sittliche Weltordnung, den Glauben an eine Vergeltung im Jenseits zu rauben, dann würde ich meinen, daß ein solcher Unterricht nicht geduldet werden darf. Wenn sich herausstellen sollte, daß in die Einseitigkeit der Erziehung der Kinder ein Zwiespalt gebracht wird, daß die Kinder, die diesen Unterricht besuchen, dann mit den Phrasen des überlebten Christentums und von der Notwendigkeit der Selbstbestimmung hausieren gehen, und ihren Mitschülern das Vertrauen zu ihrem Religionsunterricht nehmen, dann müßte im Interesse der einheitlichen Erziehung ebenfalls eingeschritten werden. — Auf der linken Seite fand dieses naive Bekenntnis zu rohem Gewissenszwang und verwerflichen Terrorismus heftigsten Widerspruch. In der Tat bedeuten diese Ausführungen nichts anderes als die Drohung, das nun einmal durch die Verfassung gewährleistete Recht auf freireligiösen Unterricht dadurch zu umgehen, daß man den freireligiösen Unterricht selbst zwingt, sich den christlichen Dogmen zu unterwerfen, und außerdem einschreiten will, wenn sich irgend eine Spur von Beeinflussung durch freireligiöse Kinder zeigen sollte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede bestritt Herr v. Hertling, daß er sich um die Militärvorlage besonders bemüht habe. Bayern habe keine besondere Rüstungsbereitschaft gezeigt, und mit erhöhter Stimme erklärt der Retter der Kavallerieregimenter: „Jetzt muß in diesen Rüstungen Ruhe eintreten. Auf fünf Jahre hinaus ist das deutsche Volk nicht mehr in der Lage, weitere Militärlasten zu tragen.“ Dann wendet sich Hertling den Sozialdemokraten zu. Anhänger der sozialdemokratischen Partei sind von der Führung der staatlichen Geschäfte zu entfernen. Die Sozialdemokraten würden es selbst nicht verstehen, wenn sie zu Mithütern der staatlichen Autorität zugelassen würden. Die Unterdrückungspolitik gegen die Eisenbahner erklärt Hertling für die mildeste Form des Volkzugs. Das Koalitionsrecht will er nur in dem Falle einschränken, wo vitalste staatliche Interessen auf dem Spiele stehen. Die jetzigen Strafbestimmungen zum Schutze der Streikbrecher hält Hertling, sofern sie energisch angewendet werden, für ausreichend; er sei also gegen weitere Verschärfung der Gesetze, von denen er auch nicht glaube, daß sie dem Bundesrat beschaffen werden. Hertling bestreitet, daß seine Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet untätig sei und teilt mit, daß er mit der Reichsregierung unterhandle, ob in San Francisco die deutsche Industrie unter dem Schutze des Reiches ausstellen könne. Schließlich verteidigte Hertling mit der üblichen komischen Ueberhebung seine Haltung in der Reihem-, Königs-, und Zivilisten-Affäre. Er will übrigens nichts davon wissen, daß für die Zustimmung zur Zivilisten-Versprechungen gemacht worden seien; es ist aber trotzdem Tatsache.

Wahlakt in Württemberg.

Die Landtagserwahl in Tuttlingen, die am 6. Dezember stattfindet, scheint die gesamte parteipolitische Entwicklung in Württemberg nachhaltig beeinflussen zu wollen. Die Volkspartei ist durch die Mandatsniederlegung ihres Mitgliedes Storz, der in der alten Streitfrage, wie der Donauversicherung bei Tuttlingen zu begegnen sei, mit seinen Tuttlinger Parteigenossen Differenzen hatte, in starke Verlegenheiten geraten. Trotz ihres engen Bündnisses mit den Nationalliberalen erreichte die Volkspartei bei den allgemeinen Wahlen im November 1912 für Storz nur 2499 Stimmen, während es der sozialdemokratische Kandidat auf 2343 Stimmen brachte. Das Zentrum, das 1263, und der Bund der Landwirte, der 347 Stimmen erhielt, entschieden im zweiten Wahlgang den Kampf zugunsten der Volkspartei. Der agitatorisch nicht vorteilhafte Eintritt des Rücktritts des bisherigen Mandatsinhabers, an dessen Stelle jetzt der Gastwirt Stengel in Tuttlingen kandidiert, sowie die Popularität des sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Schwab liefern die Volkspartei in noch höherem Grade der Nationalliberalen aus, als das im Vorjahr der Fall war. Die Kunst des Zentrums, derartige Situationen auszunutzen, hat nun durch den in Baden durch Wader erteilten Anknüpfungsunterricht eine Steigerung erfahren. Zunächst versuchte das Zentrum durch einen gemeinsamen Kandidaten der Rechten, der den National-

liberalen nahestehe sollte, der Volkspartei den nationalliberalen Zuzug abzugraben. Nachdem die Nationalliberalen, durch volksparteiliche „Garantien“ nachgiebig gemacht, der Volkspartei ihre volle Unterstützung wieder zugesichert hatten, ließ das Zentrum diesen Plan fallen und stellte in dem Schultzei Hase meier von Irrendorf einen eigenen Kandidaten auf. Die Bündler taten ein gleiches und präsentierten den Rechtsanwalt Schott von Stuttgart. Zwischen den beiden Kandidaten wird nun der erste Wahlgang wahrscheinlich mit ähnlichem Ergebnis wie im vorigen Jahr verlaufen. Für den zweiten Wahlgang aber hat sich das Zentrum schon im voraus einen sehr beachtenswerten Trick eronnen. Als Gegenleistung für seine der Volkspartei in Tuttlingen zu leistende Unterstützung verlangt es nicht weniger, als daß die Volkspartei bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl in Stuttgart eine geschlossene Blockpartei aller bürgerlichen Parteien bilden helfe. Die Sozialdemokratie bilden helfe. Die Forderung ist umso bedeutender, als in Stuttgart die Proporzwahl besteht, bei der auch ohne Verbindung jede Partei zu ihrem Recht kommen kann. Die Verbindung aller bürgerlichen Proporzlisten soll die Sammlung dokumentieren. Der Zweck der Werbung besteht nicht nur in einer Demütigung der Volkspartei, die bisher stets den Großstad als Mittel zur Verschönerung der schwarzen Gefahr empfohlen hat, sondern vor allem in der Festigung der gegenwärtigen Position des Zentrums im Landtage, die so bald nicht erschüttert werden könnte, wenn die ohnedies heftigen Kämpfe zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie noch weiter verschärft würden.

Aus Lübeck und Nahbargebieten

Dienstag, 2. Dezember.

Achtung, Parteigenossen! Heute abend findet im Gewerkschaftshaus die Parteiversammlung statt. Kein Fehlen!

Die Bürgererschaft trat gestern verfassungsmäßig zu einer Sitzung zusammen, an der erstmalig die neugewählten Mitglieder teilnahmen. Da keinerlei vorherige Verständigung über die Platzfrage möglich ist, so kann man an diesem Abend eine Art Wettrennen der Neugewählten um die Plätze in der Bürgererschaft beobachten, das als einen der gesetzgebenden Körperschaft würdigen Vorgang schwerlich zu bezeichnen ist. Schließlich, nach langem Hin und Her fand jeder einen Sitz im Werkklassenpalast.

Die Wahlen zum Wortführer und dessen Stellvertreter brachten keinerlei Ueberraschung. Herr Konrad Dimpfer, der bereits mehrere Jahre als Wortführer tätig war, wurde fast einstimmig zu diesem Amt gewählt. Unsere Genossen gaben ihm ihre Stimme. Für den ersten Stellvertreter des Wortführers schlug die sozialdemokratische Fraktion den Genossen Löwig vor. Darob herrschte bei den Erstklassigen, die anscheinend der Meinung sind, daß die Posten nur für ihresgleichen da sind, zunächst eine gewisse Verwirrung. Dann stimmten sie gemäß den Abmachungen der Vorversammlung für Dr. Eschenburg, der auch gewählt wurde. In Zukunft werden die Herren damit rechnen müssen, daß die Sozialdemokratie immer wieder die Forderung nach einer Vertretung im Präsidium erheben wird. Zweiter Stellvertreter des Wortführers wurde Herr Heinsohn sen.

Bei den hierauf erfolgten Wahlen zum Bürgerausschuß zeigte die Bürgererschaftsmehrheit, daß ihr demokratischer Anstand gegenüber der Minderheit ein freies Bekenntnis ist. Vom Genossen Löwig wurde scharf kritisiert, daß die Vorversammlung, die die Vorschläge zu den Bürgerauswahlen macht, die Wünsche der sozialdemokratischen Fraktion sowohl bezüglich der Zahl als auch der Namen ihrer Vertreter in keiner Weise berücksichtigt hat. Die Leute, die durch ein schmähtliches Wahlrecht die Majorität dem lächerlichen Vierklassenparlament gewinnen, benutzen die Mehrheit, um auch in der Bürgererschaft die Vertreter der Minderheit, allen parlamentarischen Gebräuchen hochsprechend, möglichst einflusslos zu machen. Gewählt wurde schließlich Genosse Pape, während Genosse Stellung in der Minderheit blieb. Wir besitzen somit, wie bisher, zwei Sitze im Bürgerausschuß. Den sozialdemokratischen Standpunkt in dieser Sache unterstützte Herr A. Pape in entschiedener Weise.

Aus den Beratungen über die auf der Tagesordnung stehenden Senatsvorlage ist hervorzuheben, daß beim Verkauf eines Grundstücks am Wiesenweg Genosse Stellung auf Härten hinwies, die sich bei der Anwendung des Gesetzes betr. die Anbauabgabe herausgestellt haben. Bei der Revision der Friedhofs- und Begräbnisordnung traten die Genossen Stellung und Hoff dafür ein, daß in einer Kommission geprüft werden solle, ob die Vorlage nicht gerechter und sozialer gestaltet werden kann. Zu berücksichtigen sind dabei auch die Wünsche der Gärtner und Hauswerker. Unter allseitiger Zustimmung befürwortete Genosse Bruns die Schaffung besserer Badegelegenheit in St. Lorenz auf Marii, in Moisling und Schlutup, sowie die Errichtung einer Schwimmhalle. Da nach den Ausführungen des städtigen Senatssekretärs der Abschluß der Stadtkassenrechnung ein günstiger ist, sind zweifellos die Mittel für diese sehr wünschenswerte Einrichtung vorhanden.

Um 9½ Uhr hatte die Bürgererschaft ihre Tagesordnung aufgearbeitet.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag auf Schaffung einer Arbeitslosenversicherung hatte in der Bürgererschaft folgende Ergebnisse: Da für stimmten: Albers, Bachmann, Böhs, Böger, Bruns, Burwick, Cber, Gublers, Foerster, Just, Dr. Göhr, Grünau, Haack, Dr. Hartung, Karl Heinsohn, Wihl, Heinsohn, Heise, Heyd, Hoff, Dr. Kähler, Rudolf Kähler, Klein, Köster, Lange, Lippert, Löwig, Mantau, Meyberg, Möller, Paatzsch, Aug. Pape, Peter Pap, Johs. Reimpell, Scharff, Schöber, Schönwald, Stallbaum, Stellung, Thiele, Wandke, Wittfoot. Mit „nein“ stimmten: Bade-Bandholt, Beider, Behn, Dr. Benda, Bertling, Blum, Boie, Borchert, Boge, Dr. v. Broden, Buchwald, Cumi, Dimpfer, Dräger, Ehlers von Behlendorf, Hermann Ehlers, Friedrich Ebers, Johs. Ewers, Dr. Gilbert, Dr. Gub, Gahn, Henk, Hindelbenn, Jaacks, Jenne, Dr. Jhe, Kahn, Koch, Köhn, Lüth, Maack, Dr. Ernst Meyer, Mühsam, Pette

Koff, Biehl, Prösch, Wump, Georg Reimpell, v. Schaaf, Schet-
lis, Schneider, Schulmerich, Schwabroch, Sievers, Söhrmann,
Tentmeyer, Thiel, Dr. Weste, Dr. Wittern, Dr. Ziehl.

b. Schöffengericht am 2. Dezember. Vom strafenden
Arm der Gerechtigkeit. Zwei Mädchen Kaffeefurrogate
im Werte von 30 Pfg. brachte der Hausarbeiter G. seiner
alten Mutter mit dem Ferner, sie könne es ruhig
nehmen, es sei nicht vom Schiff. In Wirklichkeit waren die
Pakete aus einer Kiste gefallen und von G. mitgenommen
worden. Das „Verbrechen“ kam zu Ohren der Kriminal-
polizei, Verhöre wurden ange stellt, Protokolle angefertigt und
von den Beteiligten unterschrieben, die dann wie so oft an
Gerichtsstelle erwiesen, mit dem Ausgesagten nicht überein-
stimmten. Die 71jährige, bisher unbestraft durchs Leben ge-
wanderte Frau bestritt, den „Vers“ zu aufgefaßt zu haben
wie der Kriminaler behauptet, sie habe nur in der Angst
unterschrieben. Wegen Diebstahls wurden gegen den Sohn
3 Tage ausgesprochen, und wegen Hehlerei die Mutter zu
einem Tag Gefängnis verurteilt. Der bekannte § 248a komme
hier nicht in Frage, da man zwei Pfund Kaffeefurrogate nicht
als Objekt vom alsbaldigen Gebrauch ansehen könne. Der
Eigentümer sei auch nicht bekannt. Hausdiebstahle müßten
an sich strenge bestraft werden. Die Unbescholtenheit bei der
alten Frau könne nicht als Entlastungsgrund gelten, zudem
liege bei der geistig noch sehr regiamen Frau der Verdacht
vor, daß die Hehlerei nicht zum erstenmal geschehen sei. —
Blankes Gold verführte den vorbestraften Händler W.,
dem der Auftrag erteilt worden war, ein Zwanzig-Mark-Stück
zu wechseln. Das Wechseln führte W. wohl aus, doch reiste
er mit dem Kleingeld nach seiner Heimatstadt Güstrow, wo
es flüchtig gemacht wurde. Der Spaß kostet 6 Wochen Ge-
fängnis. — „Leure“ Bruderliebe. An der Untertrave
kam es nachts zu einer Streiterei, in deren Verlauf der
jugendliche Arbeiter M. seinem Bruder beistehen wollte. Dies
geschah nicht ohne lautes Reden, das den Schuhmann herbei-
lockte, dem sich M. widersetzte. Urteil 35 Mk. Geldstrafe. —
Das Bürsten in der Nacht. Vom Kavalierball kamen
mehrere bartlose Herren und eine Dame. Der Heimweg
war ganz fidele, da einer eine Bürste gewonnen hatte und diese
auf dem Marktplatz praktisch erprobt wurde. Bei dem gegen-
seitigen Abwischen gings natürlich nicht mit stummen Nicken
zu, so daß auch hier das Auge des Gesetzes beim Postamt um
die Ecke schaute und die lachenden Gesichter aufzeichnete, da-
mit sie ihrer gerechten Strafe für die Unart nicht entgingen.
Der Kellner L. legte gegen den polizeilich aufgelegten Taler
mit Erfolg Berufung ein, da er mit seiner Dame dem Bürsten
nur lächelnd zugehakt hatte. — Zwei Waldhändler, die
oft und schwer vorbestraften Arbeiter P. und T., hatten
sich wegen Forstdiebstahls wieder zu verantworten. Sie hatten
im Forstbezirk Waldhufen je einen Saal Tannenspißen abge-
schritten und verkauft. Der Arbeiter T. verbüßt gegenwärtig
1 Jahr Zuchthaus, weil er im hiesigen Park die Geestannen
auf gemeine Art fuhre, 500 Mk. Schaden anrichtete, um ganze
3 Mk. zu verdienen. Die Strafen bei Forstdiebstählen sind
etwas umständlich. Die Angeklagten werden verurteilt zu
je 30 Mk. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis, 2 Monaten
Gefängnis, Ersatz des Wertes an den Geschädigten von zu-
sammen 3 Mk. und jerner Einziehung der Messer. Wäre der
Diebstahl an einem Sonn- oder Feiertag geschehen, käme noch
eine besondere Geldstrafe hinzu. — Wegen Wider-
standes gegen die Staatsgewalt muß der Dreher R. 40 Mk.
Strafe bezahlen.

Die für das Jahr 1911 gewählten Hauptschöffen haben
zufolge der Auslosung in folgender Reihenfolge in Tätigkeit
zu treten: 2. bis 13. Januar: Johannes Schreie, Dachdecker-
meister; Johann Peterlen, Kaufmann. 14. bis 23. Januar:
Ernst Gatermann, Klempnermeister; Johann Körner, Buch-
druckermeister. 24. Januar bis 6. Februar: Paul Nolte,
Kaufmann; Bernhard Logow, Müller. 7. bis 19. Februar:
Karl Heinemeier, Profurist; Wilhelm Müus, Gastwirt,
Friedelsdorf. 20. Februar bis 3. März: Helmuth Hautohl,
Kaufmann; Hermann Buch, Kaufmann. 4. bis 13. März:
Carl Brand, Privatier; Julius Caschki, Gärtner. 14. bis
26. März: Dr. med. Jacobson-Badiar, Verj.-Beamteter; Georg
Saaf, Gärtner. 27. März bis 7. April: Carl Pampertin,
Möbelfabrikant; Fritz Verlien, Kaufmann. 8. bis 23. April:
Carl Dehinter, Schriftföher; Friedrich Fickau, Buchbinder-
meister. 24. April bis 5. Mai: Johannes Kempfer, Wirt;
Friedrich Schiffhard, Sattler. 6. bis 15. Mai: Hinrich Bröder,
Kaufmann; Otto Maas, Restaurateur. 16. bis 31. Mai:
Hermann Erdt, Barbier; von Lüthman, Kaufmann. 1. bis
16. Juni: Friedrich Gojardt, Buchhalter; Heinrich Ambrosius,
Handlungsgehilfe. 17. bis 30. Juni: Johannes Mahufe,
Klempnermeister; Friedrich Blaud, Eisenbahn-Bureaubeam-
ter (Sekretär). 1. bis 14. Juli: Albert Fielich, Lehrer; Ru-
dolf Busse, Bildhauer. 15. bis 28. Juli: August Hammerich,
Güterverwalter; Heinrich Oldenburg, Oberpostsekretär. 29.
Juli bis 11. August: August Ehlers, Zimmermann; Ferdin-
and Bannow, Lagermeister. 12. bis 25. August: Heinrich
Krellenberg, Kaufmann; Johannes Brede, Kaufmann. 26.
August bis 8. September: Heinrich Hjernhagen, Landmann,
Genu; Willi Alder, Kaufmann. 23. September bis 6. Ok-
tober: Peter Rahns, Kaufmann; Carl Löhmann, Kauf-
mann. 7. bis 20. Oktober: Hermann Bort, Werkmmeister; Karl
Herbst, Profurist. 21. Oktober bis 3. November: Claudius
Jasper, Kaufmann; Johana Urst, Krämer. 4. bis 17. No-
vember: Johannes Maas, Photograph; Carl Fetzbaß, Kauf-
mann. 18. November bis 1. Dezember: Peter Grube, Schorn-
steinfegermeister; Carl Brand, Tischlermeister. 2. bis 15. De-
zember: Carl Dubois, Kaufmann; Thies Miesner, Kauf-
mann. 16. bis 31. Dezember: Carl Bessel, Handlungsgehilfe;
Wilhelm Wildenstein, Landmann. Eine Änderung in der
bestimmten Reihenfolge kann auf übereinstimmenden Antrag
der beteiligten Schöffen durch das Amtsgericht, Abteilung 5,
bewilligt werden, sofern die in den betreffenden Sitzungen
zu verhandelnden Sachen noch nicht bestimmt sind.

**mh. Die Kunst des Renaissance-Zeitalters in Deutsch-
land.** 2. Vorkurs im Vortragswesen der Oberschulbehörde.
7. Abend. Herr Museumsdirektor Dr. Schäfer führte
als letzten Repräsentanten der Malerei der Renaissance
Matthias Grünewald an. Von seinem persönlichen Leben
weiß man nicht viel. Er tritt plötzlich in die Erscheinung
als Mensch voll flammender Begeisterung, um aber eben-
so schnell und geheimnisvoll wieder abzutreten. Noch vor
zwanzig Jahren war in kunstgeschichtlichen Kreisen nur sehr
wenig von ihm bekannt, bis ein Werk nach dem andern zu-
tage gefördert wurde und seinen Namen in die Öffentlichkeit hin-
aufschwang. Grünewald muß ein eigenartiger, merkwürdiger
Mensch gewesen sein, der als Sonderling weder Schüler gehabt
hat noch irgendwem wieder abzutreten. Noch vor
müchtigem Pathos entwarf er seine Bilder und tönnte sie
mit wundervollen Farben. Er war ein einzig dastehender
Meister der Farbe und Lichtreflexionen, was besonders sein
angenehmstes Werk „Die Himmelfahrt“ zeigt. Seine un-
angenehmste Arbeit ist der Fienheimer Altar, in dem er die
schon unzählige Male behandelten Themen aus der Heiligen-
legende darstellt, allerdings in anderer Auffassung. In
zahlreichen Lichtbildern führte der Vortragende die meisten
bekanntesten Werke Grünewalds den Zuhörern vor Augen. Ob-
wohl sich die prächtige Farbenwirkung in Lichtbildern nicht
wiedergeben läßt, so trugen sie doch den Stempel lebhafter
Ausdrucksweise.

Wachts nach! Bei einer am Sonntag vorgenommenen
Saugagitation in Tremis-Dorwerk gelang es den dor-

tigen Genossen, 18 neue Mitglieder für den Sozialdemokra-
tischen Verein zu gewinnen und fünf, die sich abgemeldet
hatten, der Partei zu erhalten. Dieses Beispiel sollte Nach-
ahmung finden. Jeder Genosse sollte stolz darauf sein, im
kommenden Jahre der Partei mindestens ein neues Mitglied
und dem „Volksboten“ mindestens einen neuen Leser zuzu-
führen.

pb. Fahrraddiebstahl. Im Laufe des gestrigen Vor-
mittags hat sich ein junger Mann in einer hiesigen Fahrrad-
handlung ein Fahrrad, Marke „Hansa“, mit nach oben ge-
bogener Lenkstange, Torpedofreilauf, gelbem Sattel und
Tasche und der Fabriknummer 364 686 erschwindelt. In den
Fesseln des Rades befinden sich zu beiden Seiten rötlich-
braune Striche, die weiß abgeleht sind. Der Täter ist etwa
15-16 Jahre alt, etwa 1,68 Meter groß, hat frisches, volles
Gesicht und trug blauen Jackentanzug, blaue Schirmmütze
und Radfahrergamaschen.

Achtung Hausangehörige! Alle sich dafür Interessieren-
den werden darauf aufmerksam gemacht, daß der gemütliche
Abend am Donnerstag, dem 4. Dezember, abends 8 Uhr, im
Gewerkschaftshaus stattfindet. Um zahlreichen Besuch wird
gebeten.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Ein bedeut-
samer Abend, der höchsten Interesse verdient, steht in der Auf-
führung von Leo Tolstois Drama „Der lebende Leichnam“ bevor. Auch „Der lebende Leichnam“ ist, wie unge-
fähr alles Bedeutende der russischen Literatur, eine Anklage
gegen den Widerstand der menschlichen Gesellschaftsordnung.
Nur hat der große Dichter und Prediger von Jasnaja Poljana
in diesem seinem nachgelassenen Werke die Anklage mit einem
noch tieferen Ernste gesprochen und noch eindringlicher ist er
in die Tiefen hinabgestiegen. Und die ganze Kraft seiner
leidenschaftlichen Phantasie hat er in der Schilderung des
schmerzlichen Ringens seines Helden in dem ewigen Suchen
nach Wahrheit gezeigt. Unter der Regie des Herrn Direktor
Fuchs und mit den Damen Pfiegl, Laudien, Wall sowie den
Herren Dr. Drag und Lerch in den Hauptrollen wird das
Werk nach seinen beifallsreichen Berliner Aufführungen an
kommenden Donnerstag auf unserer Bühne zum ersten Male
gegeben. In Oper und Operette gibt es diese Woche außer
einer Wiederholung des Kojimischen „Barbiers“ am Frei-
tag die lustige „Königin“ morgen, Mittwoch, und
bereits heute den „Freischütz“ als Neuenstudierung. Der
Sonnabend steht unter dem befreienden Sumar Carl William
Büllers, der für ein einmaliges Gastspiel in „Arzouge und
Mojers allbekannter Posse „Der Registrator auf
Reisen“ gewonnen ist.

Säuglingsfürsorgestelle 1. Die nächste Sprechstunde fin-
det am Mittwoch von 2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags Rahlhorst-
straße 31/33 statt.

Schwartau. Baukontrolle. Am 27. November 1913
veranfaßten die beiden beteiligten Gewerkschaften der Zim-
mer- und Bauarbeiter der Zahlstelle Schwartau eine Kon-
trolle der im Zahlstellengebiet liegenden Baustellen. Re-
sultat wurden 16 Baustellen, davon waren eine im Rohbau,
11 richtfertig und 4 puzfertig. Auf 3 Bauten war keine be-
sondere Bauhufe vorhanden; 2 waren in Tischler- oder Zim-
merwerkstätten eingerichtet. Fußboden war nur in 2 Bau-
hufen, wovon eine im neuen Stallgebäude untergebracht
war. In 4 Buben fehlte der Ofen; ein Verbandskasten wurde
nur in 2 Fällen angetroffen, 9 Bauhufen wurden hauptfäch-
lich zur Unterbringung von Material benutzt. Im übrigen
vermißte man in allen Fällen die nötige Reinlichkeit. Papier
und Speisereste lagen auf Steilen haufenweise in der Bude.
Ein Abort fehlte in 8 Fällen; auf 2 Stellen durften alte schon
vorhandene benutzt werden. Die Unfallverhütungsvorschriften
fehlte auf 6 Stellen. Beschäftigt waren auf diesen Bau-
stellen 67 Arbeiter. Gegenüber diesen Mißständen muß dar-
auf hingewiesen werden, daß es in dem neu abgeschlossenen
Tarifvertrag, § 9 Absatz 5, heißt: Bei jedem Neubau ist eine
Bude herzustellen, welche wind- und regendicht ist; dieselbe
ist mit Fußboden, Tischen und Bänken und Fenstern genügend
zu versehen. Die Bude ist vom 1. Oktober bis 1. April zu
heizen; Materialien sind darin nicht unterzubringen. Ein
Abort ist in möglicher Entfernung vor der Bude anzulegen.
Ein Verbandskasten mit dem nötigen Inhalt ist bereit zu
halten. Es ist damit doch klar und deutlich ausgesprochen,
was vereinbart wurde, und muß ohne weiteres angenommen
werden, daß viel durch die Rückgratlosigkeit der Arbeiter ge-
sündigt wird, denn was uns tarifmäßig zusteht, müssen wir
auf alle Fälle auch fordern, sonst wären ja die ganzen Er-
rungenschaften der Gewerkschaften wertlos.

Neufeld. Immer moderner. In unserem Orte
hat sich in letzter Zeit ein Damenverein gebildet, der sich zur
Aufgabe macht, bedürftige Kranke mit Essen zu unterstützen.
Wenn nun die Gemeindeflegerin, die in ihrem Beruf Ar-
beiterwohnungen anrührt, so eifrig für diese Vereinsbildung
agitierte, so wird dieses schon ein Beweis sein, daß es mit der
gefüllten Kompottschüssel der Arbeiter, wie von höchster Stelle
geschrieben, nicht weit her ist. Gegen diese Vereinsbildung
wäre durchaus nichts einzuwenden, weil es nur als menschlich
bezeichnet werden kann, wenn einem Mitmenschen in der Not
geholfen wird, wenn man auf der anderen Seite nicht wählt,
daß es gerade Mitglieder sind, deren Männer den Arbeitern
bei wirtschaftlichen Kämpfen den um Verbeßerung ihrer
Lage ringenden Arbeitern ihre Antipathie zeigen und bei
Wahlen denjenigen Kandidaten ihre Stimme geben, die für
sogenannten Arbeitswilligenstuhls eintreten, damit die Ar-
beiter sich nicht aus ihrer wirtschaftlichen Not befreien
können.

Patetau. Feuer. Sonntag morgen um 8 Uhr brannte
auf dem Zuchendorfer Hoch eine Scheune und ein Viehhaus
nieder. Das Vieh wurde gerettet. Sämtliches Stroh und
die Futtermittel fielen dem Elemente zum Opfer.

Segeberg. Eine blutige Tat wurde Sonntagabend
gegen 9 Uhr hier verübt. Der 19 Jahre alte Arbeiter
Sturm erdolchte auf offener Straße seine frühere Geliebte,
die 22jährige Arbeiterin Anna Wittern. Die W. hatte sich
geweiart mit Sturm, mit dem sie schon früher zusammen
gewohnt hatte, weiter zusammen zu leben. Sturm sprach
sie nun gestern abend an und bat sie, mit ihm zu kommen.
Die Wittern weigerte sich, worauf ihr Sturm sein Taschen-
messer ins Herz stieß. Die Betroffene brach zusammen und
mar in wenigen Minuten eine Leiche. Der Mörder stellte
sich der Polizei und wurde verhaftet.

Hamburg. Alkoholvergiftung. An die Methy-
lalkoholaffäre in Berlin erinnert ein Vorfall, der sich in einer
hiesigen Gastwirtschaft zugetragen hat. Dort wurden nach
reichlichem Alkoholgenuß vier Arbeiter bestimmungslos aufge-
funden. Ein herbeigeholter Arzt konnte bei zwei von ihnen
nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen,
einer starb im Krankenhaus, wo der andere noch
schwer darniederliegt. Man nimmt an, daß dem
Alkohol giftige Substanzen zugesetzt waren. —
Eine spätere Meldung besagt: Die Vergiftungsgeschichte in
der Niedernstraße hat noch immer keine Aufklärung gefun-
den, da die Regalaktion der beiden Toten Straßen und Thiel
in Hafentränkenhaufe die wahre Todesursache nicht ergeben
hat. Die Behörde ist daher gezwungen, mit dem Urteil bis
zur Erledigung der Untersuchung des Mageninhalts der
Leichen im Staatslaboratorium, worüber noch einige Zeit
vergehen dürfte, zu warten. Die anderen beiden Arbeiter,
die ebenfalls erkrankten und Aufnahme im Hafentränkenhaufe
fanden, befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Hamburg. Bam „Rückgang“ der Sozial-
demokratie. Bei der Ersatzwahl für Vebel im ersten
Hamburger Wahlkreis hat bekanntlich der jetzige Abgeordnete
Vebel im Januar 1912. In der gegnerischen Presse ist da-
als ein Zeichen vom „Rückgang der Sozialdemokratie“ be-
trachtet worden. Mit wenig Recht, zeigt eine Statistik, die
von unseren Genossen im ersten Hamburger Wahlkreis an-
genommen worden ist. Danach haben von den 85 816 Wah-
berechtigten 5546 nicht gewählt, aber weitere 4181 ist
Wahlrecht nicht ausüben können, und zwar größtenteils
deshalb, weil sie zum 1. Oktober in
folge des Abbruchs ganzer Straßenzüge an
dem Wahlkreise verzogen waren und aus diesem Grunde am
17. Oktober nicht zur Wahl zugelassen wurden. Die Zahl
dieser an der Abgabe ihrer Stimme verhinderten Wähler
beträgt nachweislich über 3000. Es sind fast ausschließlich
Wähler der Sozialdemokratie, Arbeiter und kleine Leute,
wie sie die jetzt durch die „Sanierung“ beseitigten enge
Straßen der Hamburger Altstadt bewohnten. Nicht an
diesem Umstand in Betracht, so erklärt sich unser Stimmen-
verlust und es bleibt von dem angeblichen „Rückgang der
Sozialdemokratie“ nichts übrig als eine der häufigsten Selbst-
täuschungen unserer Gegner.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 29. November 1913.

- Cheliche Geburten.**
- a) **K n a b e n :** (Name und Beruf des Vaters).
15. November. Arbeiter G. M. J. Jaeger. 17. Rechts-
anwalt Dr. jur. M. F. Cuvie. 18. Kofferträger W. K. J.
Kehmers. 19. Schmied F. A. Köhler. 20. Buchdrucker
F. H. Seidler. 21. Arbeiter W. R. Radtke. Arbeiter C. R. J.
Wehr. 21. Künftgärtner H. C. L. Loig. Händler M. J. J.
Korf. Maler M. F. M. Bobzien. 22. Holländer G. L. K.
Schenkensberg (Steinrader Hof). 23. Buchhalter M. M.
Schönberger (Hamburg). 24. Maschinist G. M. G. Fuchs
25. Arbeiter L. G. J. M. H. Richard. 26. Kaufmann M. H.
F. Schrey. 27. Dentist L. K. F. D. Fehlfeld. Maschinen-
schlosser G. G. G. Quade. 28. Briefträger M. J. Meyer.
- b) **M ä d c h e n :** (Name und Beruf des Vaters).
18. Maschinenschlosser M. J. G. Carlsson. Werkmeister
G. J. G. Weithal. 20. Arbeiter F. Vogt (Koggenhorst).
21. Diener M. K. J. Wagner. 22. Arbeiter J. G. F. Möller.
Schriftföher M. G. Bonih. 24. Maschinist J. F. F. O.
Walter. Schiffskapitän H. M. G. Lemke. Schlosser G. O.
R. Gammelen. Postkassierer J. G. H. G. Renhom. 25.
Zimmermann J. C. J. G. Eckmann. Maurer F. L. G. W.
Lagemann. 26. Terrazzoleger P. G. Cattaruzza. Arbeiter
K. H. F. Stage. 27. Bäckergefelle G. Guthel. 29. Arbeiter
J. G. F. Ahrens.

- Ungeordnete Aufgebote.**
24. November. Bauunternehmer M. J. Th. Krull und
S. K. Siebert. Ingenieur P. J. Karstedt in Stettin-Grav-
don und G. S. R. F. Schnoor. Werkzeugschlosser M. F. W.
M. Kruse und F. S. W. Wulf. Handlungsgehilfe M. D.
Strunde in Vordesholm Bahnhof und K. F. A. Dintchen.
Postbote W. H. F. Lindenbeck in Hamburg und M. J.
G. Mitrow. Viezfeldwebel G. F. Gallaum in Strahburg i. G.
und M. E. G. Schacht in Wismar. Klempner F. J. Heiser
und G. E. W. Albrecht in Berlin-Weissenlee. Arbeiter B. J.
F. Schütt in Kleinpau und M. G. Deuter in Rensfeld.
Maurergefelle G. J. G. Witt und G. Prochazka, beide in
Dorf Seimdorf. 25. Schugmann G. J. M. M. J. Bün-
ger und M. W. M. Mied in Wittenförden. Anstreicher W. K. J.
Brennecke und M. Wozniak. Klempnergefelle G. K. Ruhnke
in Malente und M. Gollus. 26. Handlungsgehilfe G. W.
Reddin und G. R. Schradler. Bureaugehilfe B. W. Chr.
Wieple und M. G. R. M. Lau. Maschinengefelle B. O. Eber-
hardt in Hamburg und M. J. Groth geb. Wode. Geschäfts-
reisender G. F. A. Rieck und J. M. Hänel in Aue. 27.
Schiffer K. J. M. Lau und G. R. Kröger, beide in Zschow.
Kaufmann G. Schulz und F. G. L. Dammann in Lüne-
burg. Kapellmeister J. G. Stoll und W. A. Offenbacher,
beide in Kiel. Oberlehrer Dr. der Naturwissenschaften W.
M. K. A. Bruhn in Rostock und G. L. Th. M. Ohmann.
Malergefelle G. F. L. J. Bertholz und J. M. G. Jost geb.
Schwarz. 28. Praktischer Zahnarzt F. W. Weigh und G.
Hautohl. Arbeiter G. R. F. Lüders und M. K. D. Schü-
mann geb. Staafs. Kunst- und Handelsgefelle K. A. H.
Luplow und G. D. L. Bollow. 29. Tischlergefelle J. Bier-
naghi und B. J. Groth. Seemaschinist W. Chr. L. Kruse
und M. M. K. G. Wehrend. Arbeiter F. G. R. Koop und
M. G. Zeugner.

- Eheschließungen.**
25. Handlungsgehilfe J. K. M. Schwang und M. G. Dr.
Busch. Mechaniker J. H. M. Stoffers und M. A. M.
Behncke. Geschäftsföher M. W. A. Hohl und M. K. Jürs.
28. Gärtner A. Belz und M. G. M. F. Mithahn, beide in
Rostock. Filialhändler G. W. D. Utermöhl und J. G. A.
Kempf geb. Kranz. 29. Arbeiter J. Paulini und M. K.
M. Kleinfeldt geb. Beckmann. Handlungsgehilfe P. Jänson
und F. H. A. Hartmann. Arbeiter Adolf Stricker und G.
F. Gloc. Arbeiter G. F. G. Martens und M. G. F. Wohn-
sack. Arbeiter G. H. K. Kolbow und D. K. L. Peters geb.
Klempau. Schiffstock M. G. M. Lettow und J. W. Ferdin-
andson. Rutscher G. Zapfe in Warlich und G. W. M.
Zäuner. Arbeiter K. J. G. Wied in Moorgarten und M.
Weimann. Ingenieur W. L. F. Bug in Diedrichsdorf und
D. F. G. J. Rabert. Buchhalter K. B. Marjes und M. M.
K. Nau. Kaufmann D. G. J. Martens und M. K. D. Bock-
holt. Klempnergefelle G. H. M. Mull und M. G. W. G.
Wichmann.

- Sterbefälle.**
22. November. Ein Knabe, 3 Tage, B.: Hausmeister
und Kassenbote G. H. K. Kröger. Eisenbahnsekretär M. G.
Chr. Land, 63 J. Ein Knabe, 1/2 Stunde, B.: Holländer
H. L. R. Schenkensberg (Steinrader Hof). 23. M. Chr. D.
Lamm, 78 J. Ein totgeborener Knabe, B.: Arbeiter F. H.
Pauls. G. M. M. geb. Dethmann, Ehefrau des Eisen-
drückers M. F. H. Stiegelmann, 22 J. 24. D. Fischer, 4 J.
K. W. F. G. M. Mertens, 12 J. 25. Formermeistergefelle
G. O. Chr. Bernimb, 44 J. A. M. M. geb. Whitt. Ehefrau
des Rechnungsrats J. F. M. Wegner, 56 J. Arbeiter G.
Stappenbeck, 79 J. 26. G. M. L. geb. Weimert. Witwe
des Rentiers F. K. S. G. Oederich, 83 J. M. G. Wambach,
8 Mt. G. S. D. Puts, 2 J. (Stoekelsdorf). Früherer Dienst-
mann J. H. Zafchenbrecher, 82 J. 27. Arbeiter J. J. H.
Schnoor, 84 J. G. geb. Mosler, Ehefrau des Zimmer-
mannes G. A. G. Burmeister, 40 J. J. F. D. geb. Stöhlke,
Ehefrau des Landgerichtsrats a. D. Dr. jur. G. F. H. Som-
mer, 67 J. 28. Privatmann J. B. L. Wiegels, 76 J. K.
D. J. Buglaff, 2 Mt. Rutscher F. G. S. Groth, 35 J.
M. L. G. M. geb. Lau, Witwe des Schlossers F. Th. Göt-
tend, 21 J. M. K. G. geb. Reper, Ehefrau des Zimmer-
mannes J. F. D. Groth, 74 J. B. K. G. Wosfin, 9 Mt.
29. G. H. Möller, 18 J.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig,
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling,
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ca.

2800

Damen-Ulster, Kostüme, Abend-Paletots, Ball- und Gesellschaftskleider, Kostüm- Röcke, Mädchen-Kleider und -Paletots

Die Preise sind derart niedrig, daß dieselben
in gar keinem Verhältnis zu dem wirklichen
Wert der Ware stehen.

9031

Ulster-Paletots 4⁷⁵ 9⁰⁰ 13⁰⁰ 18⁰⁰ 24⁰⁰

aus gemusterten und einfarbigen Stoffen in engl. Geschmack, Affenhaut
sowie echt engl. Stoffen

Regulärer Wert das Doppelte bis zum Dreifachen.

Jacken-Kostüme 15⁰⁰ 18⁰⁰ 22⁰⁰ 28⁰⁰

marine, grün, sowie auch aus Stoffen in engl. Geschmack, mit Seide gefüttert

Regulärer Wert bis über das Doppelte.

Blusen-Paletots, Cutaways 18⁰⁰ bis 50⁰⁰

aus Astrachan, Samt, Persianer, Krimmer, Foulé usw., ganz auf Seide

Regulärer Wert bis über das Doppelte.

Lange u. $\frac{3}{4}$ lange Paletots 20⁰⁰ bis 80⁰⁰

moderne Fassons aus Astrachan, Samt, Persianer, Krimmer, Trikot-Curl

Regulärer Wert bis über das Doppelte.

Ca. 250 Stück Mädchen-Mäntel und Baby-Paletots

Ca. 300 Stück Mädchen-Kleider in allen Größen

ausschliesslich beste Konfektion

bis zur **Hälfte**
des Wertes und darunter

Rudolph Karstadt

Verammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 1. Dezember.

Wortführer Dr. G ö r g eröffnet um 8 Uhr 10 Minuten die Sitzung. Er verliest die Namen der neu resp. wiedergewählten Bürgerchaftsmittglieder und heißt sie herzlich willkommen. Die Anforderungen an die Bürgerchaftsmittglieder seien groß, der Wettbewerb der Einzelstaaten auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, sozialen Fürsorge usw. erheische auch von uns strengste Aufmerksamkeit. Die Steuerfahndung im Reich werde stetig angezogen, da sei es manchmal schwer, den richtigen Mittelweg, den wir gehen müßten, zu finden. Der Wortführer hofft, daß jedes Mitglied nach besten Kräften mitarbeitete und sich nur von seiner Überzeugung leiten lasse, dann werde unser Gemeinwesen von den Bürgerchaftsmitgliedern Vorteil haben. Des ferneren dankt Dr. G ö r g den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Tätigkeit, insbesondere auch den Stellvertretern des Wortführers.

Zum Wortführer der Bürgerchaft wird Konsul D i m p l e r mit 106 von 109 abgegebenen Stimmen gewählt.

D i m p l e r übernimmt den Vorsitz, spricht seinem Vorgänger den Dank aus und erklärt, unparteiisch, ohne Ansehen der Person oder Partei seines Amtes walten zu wollen.

H o f f (zur Geschäftsordnung) bittet als ersten Stellvertreter des Wortführers L ö w i g t zu wählen. Seit die Sozialdemokraten in der Bürgerchaft mitarbeiteten, hätten sie bewiesen, daß sie mit Ernst an den Arbeiten teilnehmen wollen. In der Verfassung stehe nicht geschrieben, daß die zweitklassigen Vertreter von den Amtsgeschäften ferngehalten werden müßten.

Wortführer D i m p l e r erklärt, es sei nicht Brauch, hier über die Wahl Vorschläge zu machen.

v. S c h a a l ist gegenständlicher Ansicht und T h i e l e fragt, wo derartige geschriebene steht.

D i m p l e r verliest den betreffenden Paragraphen.

Zum ersten Stellvertreter wird Dr. Th. E s c h e n b u r g mit 80 Stimmen gewählt. L ö w i g t erhält 13, Dr. W e n d a 11 und Dr. W e f f e 10 Stimmen. — 3 weitere Stellvertreter wurde H e i n s o h n s e n mit 38 Stimmen, S c h u l m e r i c h mit 49 Stimmen.

Es folgt die Wahl zum Bürgerausschuß.

L ö w i g t: Es wurde soeben festgestellt, daß nach der Geschäftsordnung Vorschläge zu den Wahlen nicht zu machen sind. Trotzdem ist jedem von Ihnen ein Zettel zugegangen, auf dem die Namen der 15 Herren verzeichnet stehen, die Mitglieder des Bürgerausschusses werden sollen. Von dem Vorschlag weiß der Wortführer natürlich nichts. (Heiterkeit.) Auf diesem Vorschlagszettel ist von unserer Fraktion mein Freund E h l e r s verzeichnet. Es wird Ihnen, soweit Sie die Vorerksammlungen besuchen, bekannt sein, daß unsere Fraktion andere Vorschläge gemacht hat. Sie wollen uns wieder insgesamt nur zwei Vertreter zubilligen. Wir haben jetzt von 120 Sitzen 13 inne. Nach parlamentarischem Brauch, der überall außerhalb der Lübecker Bürgerchaft üblich ist, haben wir Anrecht auf drei Sitze im Bürgerausschuß. Nach den letzten Wahlen sind wir noch stärker geworden gegen früher. Da erscheint es durchaus gerechtfertigt, daß Sie uns die drei Sitze im Bürgerausschuß einräumen, um so mehr, als jetzt auch die 4. Klasse durch meinen Fraktionskollegen S t e l l i n g vertreten ist. Wenn das Stimmverhältnis in Betracht gezogen wird, vertreten wir dreizehn die weitgrößte Zahl aller Lübecker Bürger. Hätten wir ein gerechtes Wahlrecht, würde die Mehrzahl von Ihnen nicht hier sitzen. Wenn schon das Wahlrecht zur Bürgerchaft ungerecht ist, dürfen Sie es hier im Saal nicht noch ungerechter machen und uns die Sitze im Bürgerausschuß vorenthalten, die uns nach parlamentarischem Brauch zustehen. Sie haben uns diese bisher nicht eingeräumt, ich bitte es jetzt zu tun. Entschieden kritischer muß ich auch, daß Sie den Vorschlägen, die wir dem frühe-

ren Wortführer unterbreitet haben, nicht entsprachen. Wir haben Stellung und Peter Pape vorgeschlagen, doch stehen diese Namen nicht auf dem Zettel. Wer im Parlamentarismus nur einleitend Erfahrung hat, wird wissen, daß in solche Körperchaften nur solche Mitglieder delegiert werden, die die Vorbedingungen an Zeit und Arbeitsanforderungen erfüllen können. Stellung ist seit 6 Jahren in der Bürgerchaft, mit den Arbeiten vertraut, seine Beschäftigung läßt ihn für pflichtgemäße Erfüllung der Arbeit im Bürgerausschuß den nötigen Spielraum. Ebenso bei Peter Pape. Mein Freund E h l e r s kann die Sitzungen nicht ständig besuchen, wie es die Pflicht eines Bürgerausschuhmitgliedes erfordert. Es hält so schon schwer, diese Sitzungen beschlußfähig zu machen, und wir legen Wert darauf, daß die Kollegen ihre Aufgabe auch auszufüllen imstande sind. Wenn Sie wollen, daß auch in Lübeck einigermaßen der parlamentarische Anstand der Minderheit gegenüber gewahrt bleiben soll, dann bitte ich Sie Stellung und Peter Pape zu wählen. Fügen Sie nicht dem Unrecht, das Sie den minderbemittelten Bürgern zugefügt haben, das Unrecht hinzu, daß Sie die Vertreter der Minderbemittelten auch noch in der Bürgerchaft minderen Rechtes machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

D i m p l e r bittet von einer weiteren Diskussion abzugehen. Ein offizieller Vorschlag sei nicht ergangen.

E h l e r s: Wenn es mich persönlich angeht, so muß ich doch etwas dazu sagen dürfen. Der Wortführer meinte, der Wahlvorschlag sei nicht offiziell gemacht worden. Er geht aber doch von Mitgliedern der Bürgerchaft aus, die hier sitzen. Ich bin gewohnt, daß jemand, der zu einem Amt vorgeschlagen wird, auch gefragt wird, ob er es annehmen will oder nicht. Ich bin bei meinem Beruf nicht immer in der Lage, die Sitzungen des Bürgerausschusses zu besuchen. Wie mein Freund L ö w i g t schon hervorhob, will ich jedoch, wenn ich die Wahl zu einer solchen Körperchaft annehme, pünktlich an allen Sitzungen teilnehmen und die Zeit dem Bürgerausschuß widmen wie es sich gehört. Über diese freie Zeit verliere ich nicht und deshalb ersuche ich, von meiner Wahl abzusehen und die von uns vorgeschlagenen Mitglieder Stellung und P. Pape zu wählen.

H i e m a n n (Schluß) legt sich für die Wahl Dr. W i t t e r n ' s Zeug.

A u g. P a p e: Die Paragraphen der Geschäftsordnung über die Wahlen müssen geändert werden. Ich stehe völlig auf dem Boden des Herrn L ö w i g t, daß der sozialdemokratischen Fraktion 3 Vertreter zukommen werden. Diese muß am besten wissen, wen sie in den Bürgerausschuß entsenden kann. Besser würde es auch dann, wenn der Senat sich endlich entschließen würde, die Bürgerausschuhitzungen in den Abendstunden stattfinden zu lassen.

In den Bürgerausschuß werden gewählt: Behn, Glasau, Dr. G ö r g, Carl Heintz, Dent, Dr. Karl Kähler, Rud. Kähler, Lüth, Maack, Peter Pape, Georg Reimpell, Joh. Reimpell, Schöb, Dr. W e f f e, Dr. W i t t e r n. — Stellung erhielt 34, E h l e r s 36 Stimmen.

Einige Kommissionen bleiben in alter Besetzung bestehen, für andere sind Ersatzwahlen vorzunehmen, Wahlvorschläge sollen in den nächsten Sitzungen gemacht werden.

Dr. S c h l o m e r erwidert sich nach der Denkschrift über die Heimarbeit, die der Senat den Bürgerchaftsmittgliedern verprochen habe.

1. Antrag: Gewährung einer Altersunterstützung an den Hilfsarbeiter Heinrich K l e m p a u.

Wird debattelos angenommen.

2. Antrag: Anschluß der mit Ofenheizung versehenen Gebäude des Allgemeinen Krankenhauses an die Fernheizung der Erweiterungsbauten.

J e n n e stimmt dem Senatsantrag im allgemeinen zu, findet es aber bedenklich, gleich den ganzen Betrag anzugeben.

weisen. Er stellt den Antrag, die 88 300 Mark in zwei oder drei Teilen festzusetzen.

Senator S t r a d hat gegen den Antrag im allgemeinen nichts einzuwenden.

H e n s e gibt als Prattiker einige Aufklärung über die Anlage und ihre Abnutzung. Die Kosten dafür würden weit höher als angenommen werde. Das habe sich bei der Nach 15-jährigem Gebrauch die Kessel bereits zum zweitenmal erneuert werden müßten. Steinkohlenheizung sei auch nicht billiger als Koksheizung, die bei allgemeinerem Gebrauch unser Stadtbild so sauber erhalten hätte. Die Anlage der Fernheizung und ihre Reparatur koste bedeutend mehr als die Ofenheizung. Redner verweist auf die voraussichtliche große Umwälzung im Heizungswesen durch flammenlosen Verbrennungsprozess. Das Neue in dieser Beziehung sei sehr epochemachend, am billigsten und saubersten, eine Gesellschaft habe bereits für Patente Millionen ausgegeben. Diese Verwirklichung sollte man abwarten, um sich vor unnützen Ausgaben zu schützen. Redner stellt den Antrag auf Kommissionsberatung.

Senator S t r a d: Die Fernheizung ist einmal da und der muß Rechnung getragen werden. Da ein großer Teil der Daken reparaturbedürftig ist, wäre jetzt der günstigste Augenblick zur Aenderung.

Dr. Z i e h l tritt für den Antrag Jenne ein und ersucht um die baldigen Berichte der Verwaltungsbehörden. Ferner möchte Redner Auskunft haben über die Abrechnung der Stadtkasse von 1912.

Senator Dr. F e h l i n g wird in der nächsten Sitzung genaue Auskunft geben. Durch die Presse sei bereits bekannt, daß statt des angenommenen Fehlbetrages von 500 000 Mark ein Ueberschuß von 120 000 Mark vorhanden sei, so daß sich das Abrechnungsergebnis um rund 700 000 M. verbessert habe.

B ö b s unterstützt die Anrede von Henje.

Senator S t r a d: In die Einführung der angeregten Heizung ist gar nicht zu denken.

S c h a r f f ersucht um Zustimmung des Antrages. Solch sachmännische Ausführungen dürfe man nicht ungeprüft vorbegeben lassen.

K o m m i s s i o n s b e r a t u n g wird beschloffen.

3. Antrag: Anstellung eines dritten Assistenzarztes auf der chirurgischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses. Wird debattelos angenommen.

4. Antrag: Bewilligung von 15 000 Mark zur Beschaffung von Elektrizitätsmessern. Wird debattelos angenommen.

5. Antrag: Ankauf des Grundstückes Wiesenweg 16.

A u g. P a p e fragt, weshalb das Grundstück für den Staat bald von Nutzen sein soll.

S t e l l i n g erinnert an die Ausführungen Hents in der Sitzung vom 24. November betr. die Grundstückssabgabe in Rüditz. Es gehe nicht an, daß einem, dem kein Grundstück abgebrannt sei, die Abgabe auferlegt werde. Die Verhandlungen mit einem Brandgeschädigten, der um Bauerlaubnis nachgefragt habe, hätten zu keinem Resultat geführt. Der Mann sollte 4517,17 Mark Abgabe entrichten. Es gehe unter keinen Umständen an, daß das Geleik in solchen Fällen Anwendung finden könne. Der Besitzer sei völlig brachgelegt und nicht in der Lage, die Abgabe bezahlen zu können. Diese Ungerechtigkeiten und Härten müßten aus der Welt geschafft werden, sie könnten nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben.

H e n t (Wiltwisch) unterjügt das von Stellung Vorgebrachte und jügt weitere Fälle an, wie das Geleik vom 21. Oktober 1909 zu Härten geführt hat. Ein Mann müßte z. B. 12—15 000 Mark zahlen, wenn er umbauen wollte. Das Geleik habe zu großer Unruhe in Rüditz geführt, es müsse abge-

Zähler denkt, daß er jetzt partizipieren möchte, mit'm Tritt vor die Türe setzen —"

„Auch sie würden vor einem reformierten Bühnenverein andere Saiten anzuziehen, der, bestünde er nur erst, selten in die Lage kommen dürfte, ein „Veto“ einzulegen. Die Mitglieder, die dann zu ihm gehörten, wüßten selber, was zu tun und was zu lassen wäre.“

„Aber, Herr Wernicke,“ erinnerte Stolzenberg jetzt diejenige, als er bemerkte, daß mehrere Gäste, die sich durch ihre Ausrichtung deutlich als Theaterbejüher kennzeichneten, das Lokal betraten, „wenn Sie noch Auswahl unter den freien Plätzen treffen wollen — Die Oper scheint aus zu sein.“

„Weiß Gott,“ bestätigte, sich erschrack umsehend, Wernicke, „da muß ich mir iputen. Kinder, wie de Zeit verjeht — habt er Worte?“ Schnell verlor er sich in die Tiefe des ziemlich geräumigen Lokals, um nach einigem Suchen schließlich noch ein heimliches Plätzchen, rückenfrei, wie Amanda Koch es liebte, für diese mit Beschlag zu belegen. Daß es die höchste Zeit für seine Besorgung gewesen, bewies der sich rasch steigende Zulauf von Gästen, die in ihrer Ungeduld, Hunger und Durst zu stillen, an die Leistungsfähigkeit der ferdierenden Kellner die unerhörtesten Anforderungen stellten.

Als schon längst die Räume des Restaurants über und über mit Besuchern gefüllt, die Eintritte der sehr mäßigen „Troubadour-Vorstellung“ bei manchem schon wieder in Bergeffenheit geraten waren, erschien auch noch als verspäteter Wanderer, auf dem Heimweg von einer langweiligen Privatgesellschaft Station machend, der Kommerzienrat Rebenstich.

Scheinbar suchte er nach jemand, den er aber, trotz zahlreicher Begrüßungen nach rechts und nach links, dennoch im Gewühl der Gäste wohl nicht gleich fand.

Endlich mochte er den Richtigen entdecken, als plötzlich aus der vorher von Wernicke ausfindig gemachten Ecke Herr Sebastian Obersdorf emporwuchs und ihm mit einladender Geste entgegensteuerte.

„Im glad, dear Sir — Verzeihung, ich freue mich, bester Herr Kommerzienrat, Sie zu sehen,“ lautete die Begrüßung Obersdorfs. „Sie ist schon da, meine Bekanntschaft, a very interesting wife, ein pikantes Frauenzimmer und — treu wie Gold.“ raunte er ebenso heimlich als überzeugt dem Kommerzienrat nach zu, um ihn gleichzeitig an seinen Tisch zu geleiten.

Dort saß außer Wernicke, dem freundlichen Quartiermacher nach — Amanda Koch.

Der Kommerzienrat schaute mit fauerfüßer Miene. Tren wie Gold! — Und sechshundert Mark hatte er jüngst noch wieder auf dem Altar dieser Diva geopfert. Er gelobte sich aber, indem er in seiner Hofentasse drei Finger wie zum Eide spreizte, ihr die dreihundert Mark vom Stiftungsfest der Concordia diesmal tatsächlich einzubehalten.

(Fortsetzung folgt.)

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(28. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Aee, Kinder,“ begann er zu Waltherr und seinem Gefährten, die er gleich beim Betreten des Lokals begrüßt hatte, „länger kommt id et nich auszuhalten, obgleich mir ooch Baldenius jeheten hat, sein Liebesjammerjeherei aus'm Hungerturn noch mit anzuhören. Ich bin jleich nach Ollas Aric ins Freie ausgebrochen, um so flinker, als mir de Koch beauftragt hat, 'n Dösch hier bei Riemanns for se zu reservieren. Se kommt mal wieder mit'm neuen Freund, sagt se, oder mit'n alten uffjewärmten un, weil se ug als „Aucena“ dis julezt zu mimen hat — Se is ja zwar n' janz jemeines Mensch, dreißt sich alle paar Wochen mit'm andern rum, aber na, als Kollege muß man über so wat mit de Brille christlicher Liebe wejsehen. Mir wundert man blos, det se det so unshält. Sehungen hat se mäßig, bejonders nich immer janz rein, der dramatische Ausdruck aber jroßartig.“

„Und Fräulein Eggers?“ fragte Waltherr, viel mehr für diese interessiert, den freiwilligen Berichterstatter.

„War jlangend disponiert, hielt sich ooch in de Koloratur wader. Aee, allens wat recht is — jehr jut heute.“

„Es liegt mir dran, weil vielleicht von A. jemand kommen wollte, sie zu hören,“ erklärte Waltherr. „Und Baldenius —?“

„Is ja stimmlich zu schwach for'n „Manrico“. Wat nucht denn det allens! Redentin brüllte for dreie, aber nich schön. Man sieht da immer wieder, det der beste „Botan“ noch lange keen juter „Luna“ is, umjehert vilie eher. Wenn doch de Leute jingen lernen wollten, che se Sängler wer'n — A revoir, Herrrens, a — Aber halt, da fällt mer ein — Schon im Begriff, sich jetzt nach einem geeigneten Plätz für seine Auftraggeberin umzusehen, wendete Wernicke sich noch einmal zu den beiden Freunden: „Habt'er denn jehört, wer von de Herren Direktoren newerdigen den Nobelpreis für Gagenjhinderei davonjedragen hat?“

„Sie meinen,“ entgegnete in richtiger Vermutung Waltherr, „den in der Delegierten-Verammlung der Genossenschaft erörterten Fall?“

„Stimmt,“ bestätigte Wernicke. Dann, insbesondere für die Aufmerksamkeit Stolzenbergs berechnend, fügte er hinzu: „Der Ehrenmann engagiert nämlich 'n Mädchen for sein Schauspiel un bejlezt se mit 50 Meter Monatseinkommen, mit volle 50 Meter, haste Worte?“

„Wohingegen sie sich kontraktlich verpflichten muß,“ übernahm etwas ungeduldig, weil er die Geschichte schon kannte, Waltherr die Erzählung, „bei ihm Unterricht zu nehmen und dafür 300 Mark Honorar monatlich zu bezahlen.“

Es kommt darauf raus, daß einzelne Bühnendireks sich nicht mehr dabei begnügen, mit Volontären zu arbeiten, sondern es vorziehen, sich auch noch hohes Lehrgeld zahlen zu lassen.“

„Ich staune man blos von wegen de Jindigkeit, wat allens die Brüder rausbaldowern.“

„Ja aber, was diesen Fall betrifft,“ wendete Stolzenberg ein, „wenn die Dame doch auf das Adkommen einging — Das ganze ist mehr 'ne Farce. Der nervus rerum liegt nur darin, wie lange sie ihre dreihundert Mark Stundenhonorar bezahlt. Damit steht und fällt doch dieser Vertrag, der ja vor keinem Forum bestehen könnte, von keinem Richter ernst genommen würde. Wie gesagt, — ein Possenspiel, kein Vertrag.“

„An nu noch schnell 'ne zweite Fehlschichte,“ eiferte Wernicke. „Sieh et nich, 'ne Kündigung for de laufende Saison soll ausgeschlossen sind, derf nich mehr vorkommen?“

„Wenn nicht dringende, unwiderlegbare künstlerische Gründe den Direktor in besonderen Fällen berechtigen sollten —“, ergänzte Waltherr.

„Na ja, det es aber doch wohl auf die 25 Mitglieder, die da mal wieder in Klasse aus einem bestimmten Kunsttempel an de kalte Dezemberluft flogen, nich zutreffend. Wenn det wäre, müßte ja der Mann, der sich 25 unfähige Mitglieder engagiert, 'n Kretin, und keener von die mit alle Salben jeriebenen Bühnenjehewaltigen sind. Also — blödsinnig oder jchustig, 'n Zwischending jhebt's nich.“

„Das einzige Mittel zur Besserung läge,“ erklärte Waltherr, „so lange die Städte in unverantwortlicher Engjergigkeit immer noch jögern, ihre Theater als notwendige Kunst- und Bildungsinstitute in eigene Regie zu übernehmen, in den Händen des Bühnenvereins jelbit.“

„Det is nämlich de Jemlichkeit der Theaterdirektoren,“ wendete sich Wernicke erklärend zu Stolzenberg, „im Fejenjah zu de Bühnenjenossenschaft, die uns, de arbeitende Klasse darstellt um unsere Interessen vertreten soll — joll.“

Stolzenberg dankte mit einem Kopfnicken und fragte dann den Kapellmeister:

„Und welches Mittel wäre das?“

„Der deutsche Bühnenverein mit seinem Duzend Edel-leuten an der Spitze, dürfte Mitglieder mit nicht tabellos reiner Wäsche in seinem Kreise nicht dulden, zu seiner eigenen Ehre müßte er sich von Elementen unjairer Gesinnung und Handlungsweise freimachen, sie durch Ausweisung in die Nacht erklären. Dann blände kein eigenes Ansehen unantastbar da, für das allgemeine Bühnenleben aber hätte er mit dem Tage, da er anfänge, mit sich selber strenger ins Gericht zu gehen, eine Tat getan.“

„Au aber jar erst de Hoftheater! Sündigen dean die nicht ooch schon jeien alle Moral, wenn se ihre Leute jehn Jahre for de Pensionstasse steuern lassen un se denn, wenn der

schafft werden. In nächster Zeit werden die Bürgerpflicht doch mit dem Ablosungsrecht zu beschäftigen haben. Man habe geglaubt, im Industriegebiet werde viel gebaut, der Grund und Boden werde steigen, und die Bauern könnten dann leicht die Abgabe vom Verdienst bezahlen. Redner stellt den Antrag auf Revision des Gesetzes.

Senator Dr. Fehling verweist auf den Wortlaut des Gesetzes, das bei einem Um- oder Neubau die Abgabe fordere. Er gebe zu, daß die Auslegung zu Härten führen könne. Von den einzelnen Fällen sei ihm nichts bekannt.

Böhs fragt, zu welchem Zweck das Grundstück am Wiesensee angekauft werden soll.

Senator Dr. Fehling: Die Aenderung des Straßenschauplans erfordert den Kauf zu dem mäßigen Preis.

v. Schaaf ersucht, den Antrag heute anzunehmen. Man ersuche hier wieder, wie vorfristig man bei der Gesetzmacherei sein müsse.

Böhs wünscht reinen Wein eingeschickt. Das eine Grundstück sei viel zu klein, um es zu etwas verwerten zu können.

Senator Dr. Fehling: Der Preis ist so gering, daß die Vorlage ruhig angenommen werden kann.

v. Schaaf stimmt dem zu.

Die Vorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen, ebenfalls der Antrag Henk, der dem Bürgerauschuss überwiesen wird.

6. Antrag: Revision der Friedhofs- und Begräbnisordnung.

Stellung: Auf Grund unseres Programms sind wir für Unentgeltlichkeit der Bestattung. Wir sind der Meinung, daß für diejenigen, die zur Erde gebracht werden sollen, nicht die Angehörigen belastet werden dürfen. Sie werden einwenden, daß hier ja die Krankenkassen das Sterbegeld bezahlen. Dieses Geld soll jedoch nicht die Beerdigungskosten decken, sondern die Familienangehörigen während der ersten Zeit des Schmerzes über Wasser halten. Ich werde einen solchen Antrag jetzt nicht stellen, weil Sie ihn doch ablehnen. Die Vorlage enthält eine Verteuerung gegen bisher. Der Senat jagte, es könne niemals Aufgabe der Behörde sein, hier einen Verdienst herauszuwirtschaften, sie soll nur auf ihre Kosten kommen. Soweit Bestattungsgebühren in Frage kommen, kann man geteilter Meinung sein. Wenn wirklich die Friedhofsbehörde mit Unterbilanz arbeitet, ist es nicht darauf zurückzuführen, daß die Gebühren nicht ausreichend sind, sondern auf die unwirtschaftliche Arbeit der Friedhofsgärtnerei. Aus der Eingabe der Friedhofs- und Handlungsgärtnerei ist zu ersehen, daß gegen die Behörde der Vorwurf der Verschleierung erhoben wird. Wir können es heute nicht nachprüfen. Manches was in der Eingabe gesagt wird, hat etwas für sich. Die Ausgaben betragen nur 28 000 Mark, Fachleute behaupten, daß man damit nicht auskommen kann, und um den Anschein zu erwecken, die Friedhofsgärtnerei sei rentabel, sind andere Buchungen vorgenommen worden. Wenn das Konto der Friedhofsgärtnerei erhöht werden muß, ist dies noch kein Grund, die Bestattungsstellen zu verteuern. Das Material in der Eingabe der Bestattungsunternehmer gibt ebenfalls zu denken. Die Ausschmückung der fünf Kapellen sollte jenen überlassen bleiben, die das nötige Material im Besitze haben. Nimmt man ihnen die Geschäftsmöglichkeit, kommt auch die Entschädigung in Frage. Unter Umständen ist es auch ein gewagtes Unternehmen, die gesamten gärtnerischen Anlagen der Behörde zu übertragen. Konkurrenzloser Arbeitsbetrieb führt leicht zum Monopol. Eine Ungerechtigkeit ist ferner darin in der Vorlage enthalten, daß man die Gebühren bis 1500 Mark Einnahmen auf 30 Mark, von 1600—3000 Mark auf 2% festlegt. Warum sollen diese 2% nicht gelten bei Einnahmen bis zu 1500 Mark? Dabei würden sich die Leute, die vielleicht nur 1000—1200 Mark verdienen, besser stellen als bei dem jetzigen Satz von 30 Mark. Hier tut Prüfung dringend not, die Vorlage muß einer Kommission überwiesen werden, man kann nicht ohne weiteres über die Einwände hinweggehen. Wohl hat sich eine Bürgerauschufskommission damit befaßt, es sind jedoch ganz neue Momente hinzugekommen. Ich stelle den Antrag auf Kommissionsberatung.

Senator Dr. Vermehren: Die Friedhofsgärtnerei arbeitet nicht unrentabel, sie wird etwa 7000 Mk. Ueberschuss abwerfen. Eine Aenderung der Gärtnerei würde nicht dazu führen, das Defizit der Friedhofsbehörde zu vermeiden. Von dem Gebrauch höherer Klassen wird immer weiter abgesehen, seitdem die Leichenbestattung nicht mehr vom Haupte ausgeht. Eine Entschädigung der Gärtnerei tritt nicht ein. Jedem ist es überlassen, sich an die Behörde oder an einen Gärtner zu wenden. Wenn sich die Leute an die Friedhofsbehörde wenden, so deshalb, weil die Behörde größere Garantie bei der Ausführung bietet. Durchaus gerecht ist es, daß auch die weniger Leistungsfähigen wenigstens die Selbstkosten bezahlen. Grund zur Kommissionsberatung ist nicht mehr vorhanden, nachdem die Bürgerauschufskommission reiflich geprüft hat. Man muß auch berücksichtigen, daß die 35 000 Mk. Mehrerinnahme bereits für das Budget 1913 vorgeesehen waren. Bei Kommissionsberatung verzögert sich die Sache noch mehr.

Barbort führt die hohen Abgaben der Gewerbetreibenden an, und die Erhöhung der Beerdigungsgebühr für die niedrige Klasse von 42 Mk. auf 55 Mk. Bei 2500 Mk. Einnahmen zahle man jetzt 65 Mk. für eine Beerdigung, in Zukunft 113 Mk. Das sei eine Härte für die Hinterbliebenen, die so schon in ihrem Einkommen geschmälert seien.

Senator Dr. Vermehren erinnert daran, daß hier im einzelnen jetzt nur eintrete, was anderwärts längst eingeleitet sei. Auf dem Friedhofe müsse die Behörde die Sache so einrichten können, wie es ihr am besten passe. Die Rechnung des Vorredners sei unrichtig, es kommen höchstens 72 Mk. in Frage und nicht 113 Mk.

Langen führt die Beerdigungszahlen der beiden früheren Jahre an, nach denen z. B. im Jahre 1911 erster Klasse gar keine Bestattungen stattfanden, zweiter 18, dritter 73, vierter 172 und fünfter 570. Redner ist wohl für Staffelung des Schulgeldes an höheren Schulen, doch nicht beim Bestattungsweien. Durch die Gebühren für besondere Aufwendungen von 30 bis 300 Mk. komme man wieder zur alten Klasseneinteilung zurück. Redner ersucht um Kommissionsberatung.

Dr. Benda kann in den beiden Eingaben keine neuen Momente entdecken. Alle diese Fragen habe die Kommission bereits geprüft. Es frage sich nur, ob eine neue Kommission die Arbeit wiederholen solle. Die immer zunehmende Eingabe der Friedhofsbehörde dürfe die Allgemeinheit nicht weiter tragen, sie müsse den Ecken angesetzt werden. Die ganze Verantwortlichkeit werde in die Kapelle übertragen, deshalb müsse der Behörde aus die Einnahme überlassen. Die Handlungsgärtnerei könne den Vorteil, in Zukunft nur noch mit der Behörde kann mit Privaten unterhandeln zu müssen. Im Interesse des Budgets könne die Vorlage angenommen werden. Sollten sich aus der Beratung Uebelstände ergeben, könne man in einigen Jahren Abhilfe schaffen. Die Kommission habe den Antrag nur schwerlich genehmigt, konnte jedoch keine besseren Grundzüge zur Anwendung empfehlen. Die Ausschmückung der Kapelle, die bisher den Privatunternehmern oblag, müsse eine Einnahmequelle der Behörde werden.

Barbort glaubt, daß die Ausgaben der Friedhofsgärtnerei unrentabel sind. Die Aenderung in die letzten Klassen gehe immer mehr vor sich. Nur 6 Proz. der Beerdigungen trüben Gewinn, 4 Proz. Verlust. Ich die Eingabe als dem Gräberwesen sei zurückgegangen. Von den

300 Einäscherungen hätten nur 31 Urnengräber in Anspruch genommen. Redner glaubt nicht, daß die Behörde aus der Kapellenausschmückung Gewinn erziele. Dem Gewerbestande müsse diese Einnahme erhalten bleiben.

Senator Dr. Vermehren: Eine Verschleierung in der Abrechnung ist nicht vorhanden, man kann höchstens sagen, daß die verschiedenen Ausgabenposten nicht besonders angeführt sind. Das geschieht genau so bei anderen Abrechnungen. Wir wollen die Einnahmen der Friedhofsbehörde erhöhen; das geschieht am zweckmäßigsten, wenn man die Erhöhung da vornimmt, wo besondere individuelle Bedürfnisse vorliegen.

Hoff: Herr Dr. Benda hat angeführt, daß sich die Kommission lange genug mit der Vorlage beschäftigt habe. Das mag zugegeben werden, doch hat das Ergebnis keineswegs befriedigt. Es bleibt an der Vorlage immer ein gewisser sozialer Zug haften. Die Einkommensberechnung kann zu großen Härten führen. Wenn solche einschneidende Bestimmungen vorkommen, solle die Bürgerpflicht noch einmalige Kommissionsberatung nichts einwenden. Neu ist mir die Mittelung von Senator Dr. Vermehren, daß die Friedhofsgärtnerei 7000 Mk. Ueberschuss abwerfen soll; in der Kommission hat er davor nichts gesagt. Die Einrichtungen müssen für alle fünf Kapellen angeschafft werden, man kann sie doch nicht von einem Friedhof zum andern bringen. Das erfordert hohe Anschaffungs- und Unterhaltungskosten, die eingehende Prüfung notwendig machen. Freilich werden die Handlungsgärtnerei nicht so schwer geschädigt wie die Beerdigungsunternehmer, die fast von allem, bis auf die Sarglieferung, ausgeschlossen bleiben. Aus allen diesen Gründen bitte ich der Kommissionsberatung zuzustimmen. Die Kommission kann die Arbeit so beschleunigen, daß sie bis zum Budget erledigt ist.

Senator Dr. Vermehren: In der Kommission hat es sich um andere Fragen gehandelt. Bei der Friedhofsbehörde steht den Ausgaben bei der Herrichtung von Gräbern eine Einnahme gegenüber, viele Ausgaben erfordert aber der allgemeine Unterhaltungszustand, der Schmutz und die Wege, dem keine Einnahmen gegenüberstehen.

Vorster glaubt, daß eine Prüfung der Friedhofsgärtnerei zu mancherlei Verbesserungen führen werde, hält die Buchungen nicht für richtig, doch werde auch ein anderes Buchungswesen die Unterbilanz nicht aus der Welt schaffen. Man solle sich mit der Senatsvorlage einverstanden erklären. Wenn man den richtigen Zeitpunkt nicht verkannt hätte, wäre der Uebelstand im Ausschmückungsverfahren der Kapellen nicht eingetreten. Der bisherige Zustand habe schon zu Unzufriedenheiten geführt, als das Beerdigungswesen noch Sache der Kirchengemeinden war. Den Privatunternehmern verbleiben noch genug Geschäfte, an denen verdient werde. Redner verteidigt die Staffellingsgebühr, die einen bedeutenden Vorteil gegenüber dem bisherigen Zustand bedeute. Man konnte bisher keinen zwingen, seiner sozialen Stellung entsprechend zu zahlen. Gerade in der Vorlage liege ein großer sozialer Zug. Die Friedhofsbehörde werde in Zukunft Reiche und Arme gleich behandeln, der Reiche bezahle nach seiner Leistungsfähigkeit und der Arme trage nur die Selbstkosten.

Schettig hält die bisherige Leistung der Friedhofsbehörde für zu splendid. Ein Handlungsgärtner kann das für den Beitrag nicht liefern.

Senator Dr. Vermehren ersucht wiederholt um Ablehnung der Kommissionsberatung.

Sinkeldenz ist gegenteiliger Ansicht. Vor allem fehlten weitere Vergleichspunkte, und dann berühre ihn die Spitemfrage nicht gerade sozial, sondern peinlich.

Aug. Bape tritt für Kommissionsberatung ein, um die Schädigungen, denen einzelne Unternehmer unterworfen seien, zu prüfen. Andere Stände habe man auch entschädigt. Die Kommission müsse ferner prüfen, ob der Zehnmarkvorbehalt, den die Mitglieder des Feuerbestattungsvereins bisher genießen haben, weiter bestehen sollte, damit die Propaganda für die Feuerbestattung wirkungsvoller werde.

Der Antrag Stellungen auf Kommissionsberatung wird beschloffen.

7. Antrag: Beihilfe an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein für den Betrieb des Warmbrausebades.

Strauss kommt auf die Badeverhältnisse in St. Lorenz zu sprechen. Schon von 3 Jahren habe der Bürgerauschuss den Senat gebeten, in dieser Beziehung Erwägungen anzustellen. Senator Dr. Stoffs habe dies zugesagt, doch sei bis heute keine Antwort erfolgt. Auch Markt leide an schlechter Badebelegenheit. Im allgemeinen sei überall die Beobachtung gemacht worden, daß bei der Beschaffung von Badebelegen das Baden zugunommen habe. Auch Schlutup vermisste eine Badeanstalt. Wenn der Bürgerauschuss kürzlich die Schuld an dem Fehlen einer Schwimmhalle zugehoben worden sei, wolle er die Gelegenheit nicht verpassen und auf die Notwendigkeit einer solchen hinweisen. Die Bevölkerung sei allgemein davon überzeugt, daß, wenn für ein Konversationshaus in Travemünde die Mittel vorhanden seien, sie auch für eine Schwimmhalle beschafft werden müßten. Wenn 700 000 Mk. Ueberschuss zu buchen seien, könne man endlich an die Errichtung einer Schwimmhalle gehen. Die Größe und das Ansehen Lübecks bedinge sie. (Lebhafte Zustimmung.) Redner fragt ferner, wie es mit der Errichtung einer Badeanstalt im Tremier Teich stehe.

Senator Dr. Fehling erwidert, daß sich der Verwirklichung einiger Wünsche des Vorredners Hindernisse in den Weg gestellt hätten, doch seien diese nicht unüberwindlich.

Der Antrag wird endgültig angenommen.

Schluß 10 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 1. Dezember.

179. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Präsident Kämpf; Meiner Herren! Im Auftrage des Gemeinderates und des Bürgermeisters von Zabern ist folgendes Telegramm beim Reichstagspräsidium eingegangen:

„Gestern Abend sind ungefähr 30 ruhige Bürger von einer Militärpatrouille ohne Grund gewaltsam festgenommen und abgeführt worden. (Lebh. Hört, hört! links.) Alle, mit Ausnahme eines Landrichters haben trotz Einwirkung der Zivilbehörden die Nacht im Keller der Kaserne verbringen müssen, und erst heute gegen Mittag dem Zivilrichter vorgeführt worden, der sofort Freilassung angeordnet hat. Der Gemeinderat von Zabern hat in besonderer Sitzung einstimmig seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben (Lebh. Bravo! links und bei den Off.), sowie über das provokatorische Vorgehen des Obersten v. Reutter. Der Gemeinderat bittet dringend, unverzüglich die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um der Bürgerkraft von Zabern den Schutz angeheben zu lassen, auf welchen sie rechtl. Anspruch hat.“ (Lebh. Beifall links und h. d. Off.)

Dem Herrn Reichstanzler habe ich von dem Inhalt dieser Depesche sofort Kenntnis gegeben.

Es wird in die Tagesordnung eingetragen. Zunächst geht auf die Interpellation der Abgeordneten Delfor und Gensler (Off.) betr. die Vorgänge in Zabern.

Auf die Frage, ob und wann er die Interpellation zu beantworten gedenke, erklärt der Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich bin bereit die Interpellation zu beantworten. Sie betrifft denselben Gegenstand, wie die Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei, von der bisher zu erwarten war, daß sie nach Beendigung der ersten Lesung des Etats behandelt werden würde. (Zurufe h. d. Soz.: Wir haben auch Interpelliert!) Gewiß, es liegen mehrere Interpellationen vor. — Inzwischen haben sich in Zabern Vorgänge ereignet, von so bedauerlicher Art, daß ich selbst den größten Wert darauf lege, baldmöglichst dem Reichstage und dem Lande darüber Auskunft zu geben und jeden Zweifel zu beseitigen, daß die Autorität der Gesetze ebenso geschützt wird wie die der öffentlichen Gewalt. Ich werde daher, sobald das Resultat der sofort eingeleiteten Untersuchung vorliegt, den Herrn Präsidenten bitten, die erste Lesung des Etats zu unterbrechen und die Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen. Ich hoffe, daß das am Mittwoch möglich sein wird.

Zu der ersten Lesung des Handelsvertragsgesetzes mit Großbritannien beklagt sich Hösch (K.) über einen Strafzollausschlag für deutsche Produkte in Kanada und verlangt Ablehnung der Vorlage und Abbruch der Handelsbeziehungen.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück betont, daß Konzessionen, die Kanada gemacht werden, unseren gesamten Handelsbeziehungen zum britischen Reich nützlich sind. Man könne doch den Zollkrieg mit Kanada nicht ewig fortsetzen.

Moskénbühr (Soz.): Es ist merkwürdig, daß gerade die Leute über Strafzölle klagen, die am liebsten die ganze Welt in strafzollumgürtete Gebiete einteilen möchten. Trotz unserer wichtigsten Handelsbeziehung mit England gilt gerade England den Alldeutschen und Rüstungshebern noch immer als Feind. In Wahrheit ist nicht die Differenzierung in Kanada, sondern die gesteigerte Getreideproduktion in Amerika den Freunden des Herrn Hösch so unangenehm; aber alle Treibereien werden den durch die Weltmarktlage bedingten Getreideimport nach Deutschland nicht beistimmen können. Ein eventueller Zollkrieg nach dem Wunsche des Herrn Hösch soll nur den Boden für die agrarische Handelsvertragsagitation vorbereiten. (Zust. h. d. Soz.)

Herold (Ztr.): Handelsbeziehungen abzubrechen ist sehr leicht, sie wieder anzuknüpfen aber sehr schwer. Ich bitte, der Vorlage unverändert zuzustimmen.

Dr. Bausch tritt ebenfalls für die Annahme der Vorlage ein.

Dr. Bahndick (W.): Die Herren rechts wollten uns jetzt schon einen Luftstich zu den neuen Handelsverträgen geben. Die Ablehnung der Vorlage würde zu einem Zollkrieg führen, dessen Folgen für unsere gesamten Handelsbeziehungen geradezu verhängnisvoll wären.

Hösch (K.) betont noch einmal, daß nur eine energische Kampfabtrotzung unsere Handelsbeziehungen zu England günstig gestalten könnten. Das Provisorium muß endlich befristet und ein Definitivum geschaffen werden.

Bernstein (Soz.): Die Herren machen sich wohl gar kein Bild davon, was nach Ablehnung der Vorlage geschehen sollte. Ich weiß nicht, ob Herr Hösch Kaufmann ist. (Zuruf: Rittergutsbesitzer!) Auch als solcher muß er wissen, daß man im Handel mit Drohungen nicht durchkommt. Auch wir wollen gern ein Definitivum, aber gar so schlimm sieht es mit diesem Provisorium nicht; es ist hauptsächlich wegen der Schwierigkeiten geschaffen worden, die England mit seinen Kolonien hat.

Die Diskussion ist erschöpft; in zweiter Lesung wird die Vorlage debattelos angenommen.

Das Gesetz betr. Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens im Disziplinarverfahren gegen Reichsbeamte wird vom Staatssekretär Dr. Delbrück mit dem Hinweis begründet, daß der Mangel des Wiederaufnahmeverfahrens dem modernen Rechtsbewußtsein nicht entspräche. Eine wesentliche Befähigung des Disziplinarhofs sei daraus nicht zu befürchten.

Landsberg (Soz.): Dem modernen Rechtsempfinden entspricht es auch nicht, daß für Beamte Geldstrafen ohne Disziplinarverfahren im Aufsichtsweg zulässig sind, daß ein Beamter seine Personalkosten nicht einsehen kann, daß er wegen seiner politischen Einstellung diszipliniert werden kann. Auch die Zusammenlegung der Disziplinarhöfe ist reformbedürftig, ein Teil der Mitglieder müßte von den Beamten gewählt werden. Mangelhaft ist die Vorlage auch, weil sie die Wiederaufnahme nur zuläßt, wenn auf Dienstentlassung erkannt ist, dagegen nicht bei Verwarnung, Verweis, Geldstrafe, mögen diese für den Betroffenen noch so empfindlich sein. Sehr bedauerlich ist, daß die Strafprozessordnung, die wünscht, daß möglichst wenige Urteile aufgehoben werden, anstatt davon auszugehen, daß kein Bürger zu Unrecht verurteilt werden darf, zur Grundlage dieses Gesetzes genommen wird, während man z. B. beim Kolonialgerichtshof dazu sich entschließen hat, die Revision bereits zu erweitern. Soffentlich übertritt hier der Reichstag den Staatssekretär. Die Bestimmungen über die Schadloshaltung sind zum Teil kleinlich und ungerichtet. Wir werden sie zu verbessern trachten und beantragen Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Holz (Z.) bedauert, daß von der Erfüllung anderer Wünsche des Reichstags auf dem Gebiete des Beamtenrechts nicht die Rede ist und schließt sich im übrigen dem Vorredner an.

Dr. Thoma (W.) verlangt rückwirkende Kraft für das Gesetz, Ausdehnung des Wiederaufnahmeverfahrens und volle Entschädigung der unschuldig Verurteilten.

Liesching (Wp.) bedauert den überaus engen Rahmen des Entwurfs.

Dr. v. Weith (K.) begrüßt die Vorlage, die in ihrer Beschränkung durchaus das Richtige trifft.

Dr. Liebknecht (Soz.) kritisiert einzelne Bestimmungen des Entwurfs, vor allem, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens selbst bei Verbringung neuer Tatsachen nicht zulässig sein soll, wenn noch ein begründeter Verdacht übrig bleibt. Der Entwurf bringt also eine Verdachtsstrafe. Er bedarf in der Kommission einer gründlichen Umarbeitung.

Die Debatte schließt; die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Petition des unschuldig wegen Brandstiftung zu Zuchthaus verurteilten Gerbereibesizers Brehm in Pörsner um Rechtshilfe zur Erlangung der Erhöhung der Entschädigung.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material. Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Berichterstatter Thiele (Soz.) schildert den völligen Ruin des Brehm durch den Prozeß und die Verurteilung, die nachher im Wiederaufnahmeverfahren nur insofern aufrecht erhalten werden konnte, als sie wegen Wechselfälschung erfolgt war. Für die 4 Jahre Zuchthaus hat man dem Brehm nur 260 Mk. Entschädigung zugesprochen, davon hat er aber nichts erhalten, da die Weimarer Regierung 1440 Mk. für Anwaltskosten in dem von Brehm angeklagten Entschädigungsprozeß einbehalten hat und der Rest von einem Gläubiger gepfändet wurde.

Dr. Gräfe (K.) spricht gegen den sozialdemokratischen Antrag, der dem gewiß bedauerlichen Brehm nicht helfen könne.

395

Dr. Neuman-Hofer (Sp.): Doch, bei gutem Willen kann man dem Manne eine Existenz verschaffen.
Thiele (Sp.) weist noch darauf hin, daß die Entscheidung deshalb so niedrig bemessen wurde, weil das Gericht annahm, daß Brehm zur Zeit des Brandes schon ruiniert gewesen sei und daher nur den Verdienst eines Gerbergelbes hätte erwerben können.
Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Rechte angenommen.
Das Haus verlagert sich auf Dienstag 2 Uhr: Kurze Anfragen, Interpellation Arnstedt (K.) wegen Hinausschiebung des Geltungsbeginns der Dienstbotenversicherung über den 1. Januar 1914 hinaus (Hört, hört! bei den Soz.), Wahlprüfungsabstimmung, erste Lesung des Etats, jedoch nur die Ministerreden bereits morgen.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

„Verbürgter“ Schwindel. Ein in Schlesien erscheinendes gelbes Blättchen, „Feierabend des Arbeiters“ erzählt, daß zwei sozialdemokratische Vertrauensleute einem Arbeiter Köhner in Warau ein Haus unter falschem Vorspiegelungen abgekauft hätten, auf das eine Grunderwerbsverwaltung Vorkaufsrecht hatte. Durch diesen Verkauf sei dem Köhner ein Schaden von 350 Mk. erwachsen. Das mitleidige gelbe Blatt fügt seiner Erzählung bei:

„Dieser verbürgte Vorfall wirkt ein großes Schlaglicht auf den Charakter der sozialdemokratischen Partei und zeigt sie in ihrer Rücksichtslosigkeit, mit der sie, sobald es ihren Interessen und Machtgelüsten entspricht, über Leichen geht und Existenzen vernichtet gerade aus den Kreisen, als deren einzig wahre Vertreterin sie sich aufspielt.“

Unsere schlesischen Parteigenossen untersuchten die Angelegenheit sofort und es stellte sich heraus, daß dieses gelbe Blättchen die Wahrheit direkt auf den Kopf gestellt hat. Unsere Genossen und ein Rechtsanwalt hatten den K. nicht nur ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das Vorkaufsrecht der Grunderwerbsverwaltung nicht besteht, sondern K. wünschte trotzdem die Auflassung an die beiden Vertrauensleute, mit der ausgesprochenen Absicht, alle Verantwortung für einen etwa entfallenden Zivilanspruch der Grunderwerbsverwaltung auf sich zu nehmen. Ueber diesen richtigen Sachverhalt legt das folgende notarielle Schriftstück Zeugnis ab:

„Wir haben im Auflassungstermin davon Kenntnis erhalten, daß noch ein Vorkaufsrecht für die Grunderwerbsverwaltung und Marienhütte im Grundbuch eingetragen steht. Trotzdem wünschen wir beide die Auflassung.“

Sollte die Firma Ansprüche auf ihr Vorkaufsrecht erheben, so soll der Verkäufer Köhner verpflichtet sein, für die Kosten einer erneuten Auflassung anzustehen und an mich das Kaufgeld nebst Zinsen seit dem Tage der Zahlung zurückzahlen. Er hat auch die früheren Kaufkosten und die Kosten der Auflassung an mich zu ersetzen. Käufer soll so gestellt sein, als ob die Auflassung an ihn niemals stattgefunden hätte. Die von ihm etwa gezogenen Rukungen des Grundstücks hat er herauszugeben.
Schweidnitz, den 1. Juli 1913.

gez. Gustav Köhner,
gez. Paul Langer.

Aus diesem Schriftstück geht einwandfrei hervor, daß die Sozialdemokraten den K. nicht haben trüben wollen und können. — Die Erzählung des „Feierabend“ ist also in allen Teilen erlogen.

Ein Massenprotest gegen die Vorgänge in Zabern fand Sonntag vormittag auf Veranlassung unserer Partei in Mülhausen i. E. statt. 7000 bis 8000 Personen aller Gesellschaftsklassen hatten sich in der gewaltigen Markthalle versammelt, als von der einen Rednertribüne aus der Reichstagsabgeordnete L. C. M. mel, von der anderen das Bezirksratsmitglied A. W. i. ch mit ihrer Kritik des militärischen Systems einsetzten, das in Elsaß-Lothringen durch den Korpskommandeur v. Deimling in Straßburg und den Oberst v. Neutter mit dem Leutnant v. Forstner in Zabern so kläffig vertreten ist. Die Provokationen der einheimischen Zivilbevölkerung und des französischen Nachbarvolkes in Zabern passen ganz in den Rahmen dieses Armeekorps, dessen Chef, der ehemalige Herxovertilger v. Deimling, hier im Grenzlande eine Hezrede nach der anderen gegen Frankreich halten darf, ohne daß ihm ob dieses für den Frieden so gefährlichen Treibens auch nur das geringste passiert. In der eingebrachten Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erheben die Tausende „vor der zivilisierten Welt Protest dagegen, daß ein Offizier der deutschen Armee bei der Instruktion auf die Niedertracht von Elsaß-Lothringern, die er „Madras“ nennt, eine Geldprämie sehen kann, ohne daß er auch nur von der Stätte dieser feudalen Heldentat verjagt wird.“ Die Versammelten erklären sich sodann solidarisch mit der in offener Verhöhnung von Recht und Gesetz vom Militär tyrannisierten Zivilbevölkerung von Zabern und sprechen am Schluß der Resolution aus, „daß sie entschlossen sind, sich gegen die militärische Diktatur in Elsaß-Lothringen, wenn ihr nicht alsbald ein Ziel gesetzt wird, mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, erforderlichenfalls auch unter allgemeiner Anwendung der Arbeitseinstellung.“ Für die Fortschrittspartei in Mülhausen schlossen sich deren Vorsitzende, Kaufmann Charles Krebs und der Landtagsabgeordnete Eduard Drumm jedem Worte der sozialdemokratischen Redner, wie der Resolution ausdrücklich an. So stellte die Versammlung eine machtvolle Rundgebung der Arbeiterklasse wie des fortschrittlichen Bürgertums für die Demokratisierung der deutschen Armee und für die Freiheit Elsaß-Lothringens dar.

Zu 150 Mk. Geldstrafe wurde vom Schöffengericht zu Kassel der frühere Verantwortliche des dortigen „Volkswort“, Genosse Kilian, verurteilt, weil er sich der Beledigung eines antisemitischen Parteisekretärs aus Homburg schuldig gemacht haben sollte.

Bewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband eingeführt. Seitern beschloß der in Hamburg tagende außerordentliche Verbandstag der Bauarbeiter in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 47 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Für die Einführung plädierte der Verbandsvorsitzende Paepow und eine ganze Reihe Redner; nur wenige Redner sprachen dagegen. Über die näheren Bestimmungen, ab wann die Unterstützung eingeführt werden soll, wird heute beschlossen.

Soziales.

Eine Illustration zum Kapitel: Ärzte und Krankenkassen. Die vereinigten Betriebs-, Orts- und Innungskassen der Kreise Hagen-Stadt und Land suchen 15-20 Kassenzweige. Hervorgehoben wird, daß das Einkommen aus der Kassenzweige jährlich mindestens 200 000 Mk. beträgt, also im Durchschnitt pro Arzt 15-20 000 Mk. Selbst den 5 Ärzten, die ihren Wohnsitz in kleinen Dörfern nehmen

müssen, wird ein Mindesteinkommen von 12 000 Mark pro Jahr garantiert. Daneben ist allen Ärzten Privatpraxis gestattet. Da ist doch wohl die Frage erlaubt: Warum der Ärztestreit in Hagen?

Vertragsabschluss zwischen Ärzten und Krankenkassen in Württemberg. Unter Mitwirkung des Oberversicherungsamtes ist zwischen dem Verband der württembergischen Ärzte und den Krankenkassen ein Vertrag auf fünf Jahre zustande gekommen. Damit wäre in Württemberg der Friede zwischen den Organisationen der Ärzte und denen der Krankenkassen gesichert, vorausgesetzt, daß der Leipziger Verband der Ärzte durch seine terroristischen Maßnahmen diesen Frieden nachträglich nicht wieder vernichtet.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenuihandlungen. Das Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg verurteilte am Sonnabend wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs die Husaren Wögelmann und Starke vom 10. Husarenregiment in Stendal zu 4 bezw. 3 1/2 Monaten Gefängnis. Die beiden Angeklagten, die im dritten Jahr dienen, hatten der leider immer noch nicht ausgerotteten Gepflogenheit der „alten Leute“ folgend, die Rekruten zu mißhandeln, den Rekruten Fischer auf dem dunklen Haiselboden mit einem Stock und einem Riemen so lange geschlagen, bis der Mißhandelte zusammenbrach. In der Urteilsbegründung wurde das Tun der Angeklagten als eine „außerordentliche Rohheit“ bezeichnet.

Wegen Meineid verurteilter Rechtsanwalt. Das Schwurgericht in Zweibrücken verurteilte den Berliner Rechtsanwalt Wilhelm Teufel wegen Meineids zu einhalb Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Die Verzweiflungsstat einer jungen Mutter. Wegen Kindsmords angeklagt und freigesprochen wurde vom Schwurgericht in Straßburg das 21 Jahre alte Dienstmädchen J. M. aus Wangenau. Die Angeklagte war selbst ein uneheliches Kind und wurde bis zu ihrer Schulentlassung von einer Tante bezw. fremden Leuten erzogen, worauf sie in Stellung kam. Sämtliche Dienstherrschaften waren mit ihr zufrieden und haben nie einen Lichtmurmur gegen sie geäußert. Im Jahre 1911 schenkte sie einem Kinde das Leben, für dessen Unterhalt sie ausreichend sorgte. Später trat sie in ein Verhältnis mit einem Postboten, das ebenfalls nicht ohne Folgen blieb. Da der Postbote aber keine ernsten Absichten hatte, verlobte sie sich mit einem an der Eisenbahn in Mülhausen beschäftigten Schlosser, dem sie aber ihren Zustand verheimlichte. Als das Kind zur Welt kam, wurde die Angeklagte mit demselben nach dem Hospital gebracht, wo das Kind noch am demselben Tag verstarb. Die Angeklagte, welche während der Verhandlung außer Fassung geriet und fortgesetzt weinte, erklärte, daß sie dem Kinde mit der Faust mehrere Male auf den Kopf geschlagen habe, wodurch, wie die Obduktion ergab, die Schädeldecke und das Gehirn verletzt worden war. Die Geschworenen folgten den Ausführungen des Verteidigers, der auf die maßlose Aufregung und Verzweiflung der Angeklagten bei Begehung der Tat hinwies und verneint die Schuldfrage. Die Angeklagte wurde darauf freigesprochen.

Die Bestie im Menschen. Ein Sadist der schlimmsten Sorte stand in der Person des 28 Jahre alten Handlungsgehilfen Franz Feigl von München am Freitag vor dem Oberbayerischen Schwurgericht. Der Bursche mißhandelte in den letzten zwei Jahren in mehreren Fällen Frauenpersonen mit einer Leberpeitsche und einem spanischen Rohr zur Befriedigung seiner Wollust. Einige davon zwang er mit der Drohung, er werde sie im Weigerungsfalle umbringen, zu den ekelhaftesten Manipulationen. In einzelnen Fällen traktierte er die Mädchen drei Stunden lang mit unmenschlichen Qualereien, bis sie sich dazu verstanden, seinen Befehlen nachzukommen. Was das Scheusal sonst noch mit den Mädchen machte, sträubt sich die Feder mitzutellen. Die Sachverständigen bezeichneten den Angeklagten als vollkommen entarteten und geistig minderwertigen Menschen, der seinen Leidenschaften widerstehen kann und deshalb für seine Handlungen verantwortlich ist. Entsprechend dem Wahrspruch der Geschworenen wurde Feigl zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein Sohn des Revolutionärs Bakunin unter Prozeß. Aus Rom wird geschrieben: Am 21. November hat in Mailand ein Prozeß gegen den ältesten Sohn des Revolutionärs Michael Bakunin, gegen Karl Bakunin, begonnen. Der junge Mann, der offenbar und zweifellos geistesgestört ist, steht unter der Anklage des Betruges. Schon als 17jähriger Bursche hat der Angeklagte in Afrika, wo er bei einer Handelsfirma angestellt war, schwere geistige Störungen gezeigt. Kaum zur Mündigkeit gelangt, fing er ein Wanderleben an, das ihn durch alle Großstädte Europas trieb. In Rom lernte er die Tochter eines Anwaltes kennen, die er gegen den Willen der Eltern heiratete und deren ganzes Vermögen er veruntwärtete. Als Bakunin sah, daß ihm die Schulden über den Kopf wuchsen, schrieb er einen Abschiedsbrief an seine Frau, in dem er ihr seinen Selbstmord anzeigte und floh nach Paris. In der Folge lehrte er aber zu ihr und seinen Kindern zurück und versuchte auf seine izzte Art, die Verhältnisse der Familie zu ordnen, woraus sich immer neue Schulden ergaben. Um sich Geld zu schaffen, jagierte er dann eine Gesellschaft für die Ausbeutung von Schwefelgruben bei Caltanissetta. Wegen dieser und anderer Betrügereien hatte er sich jetzt zu verantworten. Das psychiatrische Gutachten des Professors Leonardo Bianchi erklärt ihn für vollständig unzurechnungsfähig und außerstande, ein Vermögen zu verwalten; gleichzeitig spricht sich der Sachverständige dahin aus, daß der Angeklagte im übrigen keinerlei verbrecherische Veranlagung aufweist. Der Prozeß hat mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und 1670 Lire Buße geendet. Der Staatsanwalt, der dem Angeklagten nicht einmal die teilweise Unzurechnungsfähigkeit zubilligen wollte, hatte 3 1/2 Jahre Gefängnis und 3000 Lire Buße beantragt. Bakunin nahm die Verurteilung mit Tränen in den Augen auf und sagte dann mit einer Verbeugung gegen die Richter: „Ich bin ein unglücklicher Mensch, aber kein schlechter Mensch und kein Verbrecher.“

Aus Nah und Fern.

Das „liberale“ Vereinsgesetz in der Praxis. Dieser Tage wurde der Arbeiterturnverein einer Gemeinde bei Nordhausen als politischer Verein erklärt, trotzdem die geladenen Gendarmen, ebenso der als Zeuge vernommene Ortschulze auslagten, von einer politischen Betätigung noch nie etwas bemerkt zu haben. Begründend für das Urteil wurde angeführt, daß sich die Mitglieder als „Turngenossen“ anreden, nicht „Gut Heil!“, sondern „Frei Heil!“ rufen und die Vereine besuchen, die der Deutschen Turnerschaft angehören. — Auch eine Argumentation!
Opfer des Bernses. Auf dem Güterbahnhof in Koblenz-Lübel ereignete sich Freitagabend ein schweres Unglück. Zwei Eisenbahnbeamte wurden von einer Lokomotive

erfaßt und gerieten unter die Räder. Dem einen wurde der Kopf zermalmt; er war verheiratet und Vater von fünf Kindern. Der zweite Beamte erlitt schwere Verletzungen. Nach seiner Überführung ins Krankenhaus trat auch bei ihm der Tod ein. Er wollte in nächster Zeit heiraten.

Konservative Angestelltenfreundlichkeit. Um die Angestellten bei Stimmung und bei der „gemeinsamen patriotischen Sache“ zu halten, verschmähen es selbst die Agrarkonservativen nicht, ihr Wohlwollen den Angestellten mit mehr oder minder schönen Redensarten zu beweisen. Bismarck verweigerte sie sich sogar zu einer großartigen Kritik an Handlungen des Unternehmertums, für die Angestellten Partei ergreifend. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die Konservativen, wo sie selbst als Unternehmer das Kommando führen, mit den Angestellten mindestens nicht glimpflicher umspringen und sich an Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen Angestellte nicht übertreffen lassen. Das zeigt ein neuer Vorfall in Weferlingen. In diesem Landstädtchen besteht eine elektrische Ueberlandzentrale G. m. b. H. Genußungstüchtige konservative Belehren den ganzen Vorstand und den Aufsichtsrat. Diesem Aufsichtsrats-Vorsitzenden war eines Tages von einem „einwandfreien“ Genossen der Ueberlandzentrale ein Schreiben zugegangen, der „festgestellt“ haben wollte, daß der Buchhalter M. schriftliche Arbeiten für die sozialdemokratische Partei in Weferlingen mache, einen solchen Buchhalter könne aber die Ueberlandzentrale nicht gebrauchen. Der Vorstand hatte dann nichts Eiligeres zu tun, als auf diese Anzeige hin den Angestellten sofort aus der Beschäftigung zu entlassen, ohne ihn zuvor einmal zu befragen. Erst auf seine Anfrage wurde ihm später dieser Entlassungsgrund angegeben; obwohl der Angestellte die Behauptungen als unwahr bezeichnete, blieb es bei der Entlassung, trotzdem der Mann sowohl Mitglied des — konservativen Wahlvereins wie des Schützenvereins war! Diese Tatsache ist für den konservativen Unternehmer besonders bezeichnend; es wurde nicht einmal eine Nachprüfung der Denunziation vorgenommen. Bequemer ist es allerdings, ohne vieles Federlesen den Beschuldigten auf die Straße zu setzen, er kann dann zusehen, wo er in einer anderen Stadt die ihm in Weferlingen versprochene „Lebensstellung“ findet. Und diese Partei und ihre Presse bläht sich auf über den vermeintlichen Terrorismus der Arbeiter.

Gubenunglück. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Gorn wurden bei einem Kanaleinbruch vier Arbeiter verwickelt. Einer wurde sofort getötet, die drei anderen haben schwere Verletzungen davongetragen.

Auch ein Grand. Ein gewiß seitener Mensch hat in Göttingen seinem Leben freiwillig ein Ende bereitet. Ein erst 34 Jahre alter unverheirateter Rentier, der ein Barvermögen von 150 000 Mk. sein eigen nannte, erhängte sich, weil die Gefahr für ihn vorlag, 250 Mk. einzubüßen. In einem Zivilprozeß wollte der Beklagte den Eid ablegen, daß er die Summe bereits einmal bezahlt und der Kläger, genannter Rentier, sie ein zweites Mal fordere! Wegen dieser Sache geriet nun der Geldmann so in Aufregung, daß er einen Tag vor dem Gichttermin seines Gegners sich in seiner Wohnung das Leben nahm. Der Mann verlebte seine Zeit in aller Speißbürgerruhe und Einsamkeit, aber um des lieben Mammons wegen ließ er sich, wie Figura zeigt, von keinem „Leidensgenossen“ überreifen.

Freigebigke Stadtväter. Am 15. und 16. Dezember wird Wilhelm II., der wieder auf Reisen ist, in München sein. Es handelt sich um die Erwidrerung eines Besuchs, den König Ludwig und seine Gattin im Frühjahr dem Berliner Hof abstatteten, also um eine höfische und rein persönliche Angelegenheit des Königs- und des Kaiserhauses. Nichtsdestoweniger soll dem Kaiser durch die „begeisterte“ Münchener Bevölkerung ein feierlicher Empfang bereitet werden, für welchen Zweck die städtischen Kollegien aus Gemeindegemeinschaften nicht weniger als 30 000 Mk. bewilligt haben. Daß die Sozialdemokraten gegen die Vergabung dieser Summe Stellung nahmen, versteht sich ganz von selbst. Aber auch Mitgliedern der bürgerlichen Parteien schien die Bewilligung im Hinblick auf die hinlänglich miserable Finanzlage und die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse unvereinbar mit den Pflichten eines Stadtvertreters. Im Gemeindegemeinschaften fand der Antrag nur eine Mehrheit von fünf Stimmen. Es ist wirklich unerhört! Auf der einen Seite massenhafte Arbeitslosigkeit, unjagbare Not, schreiendes Elend und — keine Hilfe! Auf der anderen 30 000 Mk. für den feierlichen Empfang eines Monarchen, der eines höchsten Aktes wegen kommt. Die Kosten der famosen Rehlheimer Fürstentumsmenken sind, wie ein bayerischer Minister im Landtag verriet, von einem Privatmann bezahlt worden, dem dafür wohl etwas ins Knopfloch oder um den Hals fliegen wird. Hätte wenigstens der Münchener Magistrat versucht, durch Ausbückung des Ehrenbürgerrechts einen gütigen Spender zu finden.

Wenn man Prinzen pfändet. Ein unangenehmer Streich, der dem Prinzen von Sagan, dem geschiedenen Gatten der amerikanischen Multimillionärin Frau Gould, von einem hartnäckigen Gläubiger gespielt worden ist, wird augenblicklich in Paris viel belacht. Der Prinz, dessen Schulden sich auf mehrere Millionen belaufen, schuldet dem betreffenden Gläubiger seit längerer Zeit die Summe von 30 000 Franken. Am endlich zu seinem Gelde zu kommen, ließ dieser bei seinem Schuldner, der noch immer in dem seiner geschiedenen Frau gehörigen Schloße wohnt, auf Grund eines Gerichtsbeschlusses eine Pfändung vornehmen. Trotzdem das gepfändete persönliche Eigentum des Prinzen so gut als wertlos war, gaben am Sonnabend in allen Stadtteilen angebrachte Plakate bekannt, daß das persönliche Eigentum des Prinzen zur Versteigerung gelangen würde. Darauf erfolgte ein Verzeichnis dieses „Eigentums“, das aus folgenden „Wertgegenständen“ besteht: Ein Nagelreiniger, ein paar schwarzlederne Holenträger, drei Nachthemden, eine Unterhose, eine Krawattenadel mit falscher Perle, eine Nagelzähre, ein Kamn, zwei Haarbürsten usw. Die öffentliche Versteigerung fand natürlich nicht statt, da der Erlös wohl kaum die Kosten gedeckt hätte.

Die Rache der Schwarzen Hundert. Die Gouvernementsverwaltung in Kiev ordnete die Ausweisung sämtlicher jüdischer Zöglinge der drei zahnärztlichen Schulen in Kiev an. Auch aus anderen Städten des Gouvernements sollen jüdische zahnärztliche Zöglinge ausgemessen werden. Über tausend Schüler werden nun dem Verfehl beraubt. Man hat Schritte unternommen, die unbegründete Maßnahme abzuwenden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Zur der vielen Glückwünsche und Geschenke, sowie für die Überwachungen unserer Geschwister zu unserer Hochzeit danken herzlichst
Heinrich Martens,
Grete Martens,
 geb. Bohnsack.
 9042) Lübeck, 29. November 1913.
 Für die innige Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen allen Verwandten und Bekannten innigen Dank.
Emma Vernimb Ww.
 9016) und Kinder.

Blätterinnen
 für Oberhemden u. feine Mäntel bei dauernder Arb. u. hohem Lohn gel.
 9040) Miquelstraße 12.
 Ein herrlich möbliert. Zimmer zu vermieten, heizbar.
 9035) Warendorferstr. 62 III.

Ein schwarzer Herren-Rock
 (Schwalbenschwanz) gut erhalten, billig zu verk. Seeburgstr. 26, II.

Ein Puppenhimmelbett
 zu verk. (9022) Wilmstr. 16, part.

Ein Paar fast neue Halbstief.
 Größe 42, zu verkaufen.
 9056) Großer Meisau 34.

Gabe noch 30-40 Zentner prima **Magnum-bonum-Gkartoffeln** von Sandboden abzugeben. Angeb. unt. **S P 10** an die Exp. d. Bl. (9037)

Guterhalt. großer **Kastenpuppenwagen** auf Gummi zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **B W 24** an die Exp. d. Bl. (9038)

Eine kompl. gebr. **Stubeneinrichtung** sowie ein **weißer Kachelofen** mit eis. Unterf. billig z. verkaufen.
 9048) Weiserstraße 30a.

Zu kaufen gel. e. **Puppenwagen** mit **Kissen**. Angeb. mit Preis unter **S 100** a. d. Exp. d. Bl. (9027)

Ein guterh. Herren-Mäntel zu verkaufen.
 9041) Wobbestraße 18.

Rüden zu verkaufen.
 9025) Eitenstraße 14, part.

Zu kaufen gesucht ein **großer, guter Puppenwagen**. Angebote unter **H R S** an die Exp. d. Bl. (9029)

Zu kaufen gesucht eine **Hand-Nähmaschine** und ein **Sportwagen**.
 9026) Wilmstr. 6, I. St.

Zu kaufen gesucht ein **gut erhalt. Kinderwagen** ohne Gummireifen.
 9024) Angeb. unter **S. D.**

Hausstandswäsche wird sauber gewaschen u. gepädelt.
 9028) Weiserstraße 6.
 Unterricht in der **Damen Schneidererei** Näherzeichnen und Zuschneiden famil. Damen- und Kindergarderoben erteilt **Frau L. Baisch**,
 9034) Große Burgstraße 42, III. Ichamöschias Kurie 15. III.

Kränze
Buketts u. Girlanden
 9055) liefert billigst
Fr. Schmidt
 Bülowstraße 11, Marii und Dornestraße 16a, Holstentor. Fernsprecher 1113.

Beerdigungs-Institut „Pietät“
H. Grimm
 Wickedeestr. 49. Fernspr. 1424.
 Übernahme ganzer Beerdigungen u. Feuerbestattungen. 5221) Ueberführungen mit eigenem Transportwagen. Großes Lager von Särgen und Einkleidungen jeder Art.

Zöpie, Puppen, Perücken sowie jede Haararbeit werden billig angefertigt.
 9015) **J. Lau, Friseur,** Dautwardestraße 43.

Plakate
 Verordnung des **Medizinalamts** vom 11. Juli 1910 bezügl. Festhalten von Nahrungs- und Genußmitteln sind zum Preise von 30 Hfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Rechnungs-Formulare
 in allen Größen in der Buchdruckerei des Lüb. Volksb.

Corbeerkrone Siegerin Palmato
 Allerfeinste buttergleiche **Sahnen-Margarine** Unübertroffen feinste **Süßrahm-Margarine** Anerkannt beste **Pflanzenbutter-Margarine**
 In allen besseren Geschäften erhältlich. Allehige Fabrikanten: **A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.**
 In allen besseren Geschäften erhältlich.

Rum u. Rotwein
 sehr grosse Auswahl — von billigster bis feinsten Qualität. 8627
Samos angenehm süß und milde 80 bis 1.50 **Portweine** 1.20 bis 5.00
Liköre ca. 50 Sorten zu 1.10 bis 1.40 etc. **Punsch-Essenz** 1.25 1.50 2.00
Mosel- u. Rheinweine von 90 Pfg. bis 4.50 Mk.
F. P. Ahrens, Weinhandlung **Königstraße 73**
 Eingang Huxstraße.

Unübertroffen wäscht Ragoda
 Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1 Korallenkette od. 3 neu silb. Teelöffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier oder Blusenadel 800/1000 (922) Schumann & Wille, Wittenberge.

Th. Seidel
 Reparatur - Werkstatt
 Uhren und Goldwaren
 Marienstr. 5
 Ecke Schwart. Allee. (9019)

Geräuch. Schweinsback. 90
 ohne Knochen . . . p. 7
Kleine Rauchstücke p. 7 100
Fetter Speck 85
 b. Abnahme v. 4 p. 7
Weißes Schmalz 80
 bei Abnahme v. 2 p. 7
Gepökeltes Kopf und Bein 30
 p. 7
Carl Lahrtz Böttcherstraße 14-16
 (vorm. M. Lahrtz.) 9030

Im **Pelz-Haus**
 Friedrich **Zimmermann**
 Beckergrube 50
 größte Auswahl in **Pelz-**
 Kragen, Krawatten, Schals, einfachen u. Fantasie-Mäffen, Jacken, Mäntel, Herren-Geh- und Reise-Pelzen, Hüten, Barettis, Kinder-Garnituren, Fellvorlagen, Fellteppiche, Wagendecken.
 Reparaturen etc. schnell und billig. **Kein Ausverkauf nach der Saison.**
 Sehr billige Detailpreise. Zwanglose Besichtigung höflich erbeten.
 Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer u. im Papierhaus u. Credit-Kontingente **Küchener. 52. (151)**

Hierdurch machen wir bekannt, daß der Verkauf von leicht beschädigten emaillierten Haus- u. Küchengeschirren und solchen zweiter Wahl sortiert in allen Größen und Farben in unserer Lagerhaus, Schwartauer Allee 109, in den Stunden von 2 bis 5 1/2 Uhr nachmittags stattfindet.
 9020) **Stanz- und Emailierwerke,** vormals Carl Thiel & Söhne, Aktien-Gesellschaft.

Der Wildschütz
 Oper in 3 Akten von Lortzing.
 Textbücher à 20 Pfg.
 sind bei uns zu haben.

Friedr. Meyer & Co.
 Buchhandlung. **Johannisstr. 46.**

Meierei Schwartau
 Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
 liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (968)

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter
 Fernsprecher 427. **Mühlenstraße 13.**
 Übernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste **Familien-Witzblatt**
Meggendorfer-Blätter
 München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
 Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47
Kein Besucher der Stadt München sollte es verkümmern, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
 Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Holsten-Meierei
 Fernruf 2336 Wickedeestr. 4
 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
 Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten sich zu melden. (18)

Achtung!
Deutscher Bauarbeiter-Verband
 Die Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 3. Dezember fällt aus und findet statt am Freitag, dem 5. Dezember 9039) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Zahlstelle Lübeck.
Branchen-Versammlung der Bürstenmacher
 am Mittwoch, d. 3. Dezember abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ **Johannisstr. 50-52.**
 Zahlreiches Erscheinen erforderlich! (9032) **Der Einberufer.**

Verband d. Maler
 Aus Anlaß des Niederabend findet unsere

Versammlung
 am Donnerstag, 4. Dezember abends 8 1/2 Uhr
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Mehrlein** über „Faust, ein soziales Drama“.
 2. Antrag des Vorstandes (Unterstützung der arbeitslosen Kollegen).
 3. Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung wird die Anwesenheit sämtlicher Kollegen erwartet.
 9033) **Der Vorstand.**

Verband der Gastwirtsgehilfen.
 Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, d. 3. Dezember abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ **Johannisstraße 50-52.**
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 9017 **Der Vorstand.**

Restaur. Polierkrug.
 Schwartauer Allee 92.

Großes Verkegeln von fetten Gänsen, Karpfen und Raubfleisch
 auf meiner Doppelkegelbahn sowie Auspielen auf einem Ziehbißsaß morgen, **Mittwoch, 3. Dezember,** Anfang 10 Uhr morg. Einfaß 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein
 9018) **Franz Strohkar.**

Neues Stadttheater.
 Dienstag, den 2. Dezember 1913. 67. B. i. Woll-Ab. 12. B. i. Dienstag-Ab. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Der Freischütz.
 Oper von C. M. v. Weber. Große Preise.
 Mittwoch, den 3. Dezember 1913. Außer Abonnement. Mittelpreise. Anfang 8 1/4 Uhr. Ende 11 1/4 Uhr.
Die Kino-Königin.
 Operette von F. Gilbert. **Donnerstag, den 4. Dezember 1913.** 68. B. i. Woll-Ab. 12. B. i. Donnerstag-Ab. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.
Der lebende Leinwand.
 Drama von Leo Tolstoj. Mittelpreise. (9021)